

Die „Tribüne“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus 10 Pfg. — für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für den Rest des Jahres 1921 sind die Preise festzusetzen. Unter Schriftband besorgen für Familien-Angehörigen und Einzelne die frühesten deutschen Gebiete Polens und Litauens 20 Pfg. — für das übrige Ausland 25 Pfg. —

Die zehnjährige Kontraktzeit über deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Interzessen. Klein Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., das weitere Wort 1,50 M., einschließlich Interzessen. Verschiede Anzeigen: 1000 Wort Familien-Angehörigen und Einzelne 2,75 M., unter 1000 Wort 2.— M., das weitere Wort 1.— M., in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., das weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

TRIBÜNE

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erst Verbrauchs-, dann Besitzsteuern!

Bedenkliche Absichten

Gestern vormittag hat auf Einladung des Reichsanzlers Dr. Wirth in der Reichsanzlei eine Besprechung von Vertretern der Demokraten, des Zentrums und der Rechtssozialisten stattgefunden. In dieser Sitzung wurde nach Pressemitteilungen der ganze Komplex der gegenwärtig schwebenden Fragen besprochen. Insbesondere drehte sich die Beratung um das Reparationsproblem und die Zahlung der am 15. Januar fälligen Rate. Außerdem wurde auch die Notwendigkeit der Einigung über die Steuerprobleme besprochen. Dessen Dringlichkeit wurde besonders vom Reichsanzler Dr. Wirth hervorgehoben. Die Verhandlungen, die einen informativen Charakter trugen, waren vertraulich.

Der „Vorwärts“ bringt die Mitteilung, daß der Reichstag vor Weihnachten nur noch die dringendsten Vorlagen erledigen und nach einer Vereinbarung mit der Regierung von den Steuervorlagen nur das neue Umsatzsteuergesetz, das am 1. Januar in Kraft treten soll, verabschiedet werde.

Aus dieser Mitteilung darf man wohl schließen, daß die Rechtssozialisten mit diesen Absichten einverstanden sind. Danach würden also, entgegen der bisherigen Haltung der Rechtssozialisten, die Steuervorlagen nicht als ein einheitliches Ganzes behandelt werden, sondern die wichtigste und drückendste Verbrauchssteuer zuerst zur Verabschiedung kommen. Das ist eine Prämie für die Steuerabotage, die die bürgerlichen Parteien seit Wochen in dem Besitzsteuerauspruch betrieben haben. Sie hätten also ihr Ziel erreicht, daß die wichtigste Verbrauchssteuer verabschiedet wird, ehe Klarheit geschaffen ist über das Schicksal der Vermögenssteuern und insbesondere über das Schicksal der Erbschaft und der Sachwerte.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß die Unabhängige Sozialdemokratie diesen Absichten scharfen Widerstand entgegenzusetzen wird. Es hiesse, die Gebuld der Volksmassen, die bisher allein Steuern gezahlt haben, während die Besitzenden sich nur in der Kunst der Hinterziehung übten, auf eine harte, kaum tragbare Probe zu stellen. Es bedeutet aber auch, daß der bisher einheitlich geführte Kampf der sozialistischen Parteien gegen die Steuerabotage der Besitzenden zerstört wird.

Will die Regierung, daß einzelne der Steuern am 1. Januar in Kraft treten, dann mag sie den Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen die Besteuerung des Besitzes brechen, sofort eine Vorlage auf Erlassung der Sachwerte vorlegen und den Reichstag vor Weihnachten solange beisammenhalten, bis er die Steuervorlagen in der Gesamtheit erledigt hat.

Schonung der Revolutionsgewinnler

Der Reichstagsausschuß für Besitzsteuern beriet am Dienstag den Gesetzentwurf über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Beratungen zeigten genau dasselbe Bild wie die Beratungen über das Vermögenssteuer- und das Vermögenszuwachssteuergesetz. Einträchtig bemühten sich die bürgerlichen Parteien, die Vorlage der Regierung zu mildern. Zu § 4, der die Abgabe vom Anfangsvermögen festsetzt, lag u. a. ein vorkriegsrechtlicher Antrag vor, der die Bestimmung streichen wollte, daß vom Anfangsvermögen die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs abzuziehen sei.

Ein Regierungsvertreter wandte sich gegen diesen Antrag. Dem vorliegenden Entwurf liege der Gedanke zugrunde, daß der in der Zeit vom 30. Juni 1919 bis 30. Juni 1921 entstandene tatsächliche Zuwachs besteuert werden solle. Dieser Gedanke würde vereitelt, wenn solche Personen, die eine hohe Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zu zahlen hatten und nun auch hinterher vom Vermögenszuwachs zu zahlen hätten, in die Lage gesetzt werden, von diesem erheblichen Nachkriegsverdienst die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs abzuziehen.

Abg. Dr. Herx (U. S. P. D.) schloß sich dem an und betonte, daß die im Gesetz vorgesehenen Steuerhöhen nie zur Erhebung gelangt seien. Die Geldentwertung und die vergrößerte Entziehung der Steuer habe die tatsächliche Belastung insbesondere bei Sachwerten außerordentlich verringert. Wollte man trotzdem die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs anrechnen, so würde das eine erneute überaus bedeutungsvolle Entlastung der Sachwerte herbeiführen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Bei § 18 gelang den bürgerlichen Parteien eine weitere erhebliche Milderung der Regierungsvorlage. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte über den Zentrumsantrag, in § 18 die Bestimmung aufzunehmen:

„Bei Feststellung des gemeinen Wertes von Grundstücken ist die allgemeine Wirtschaftslage und die Geldentwertung zu berücksichtigen.“

Zugunsten dieses Antrages war ein vorkriegsrechtlicher Antrag zurückgezogen worden. Abg. Dr. Herx erklärt, dieses Eintreten der Volkspartei für den Zentrumsantrag sei sehr verständlich. Der Zentrumsantrag bringe harmloser, als über in seiner Wirkung viel gefährlicher, weil er die Möglichkeit zu einer beträchtlichen Entlastung der Sachwerte bietet. Der Antrag wird

gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen, ebenfalls ein deutschnationaler Antrag zum § 19, der für den Fall der Grundstückerwerbungen Milderungen vorsieht.

Auf Antrag des Zentrums wird der steuerpflichtige Vermögenszuwachs von 100 000 auf 200 000 Mark erhöht, trotzdem die Regierung darauf hingewiesen hatte, daß es sich nicht um die zukünftige Geldentwertung, sondern um die Erfassung der bereits in der Vergangenheit erzielten Nachkriegsgewinne handelt. Eine heftige Diskussion verursacht ein Antrag der Deutschen Volkspartei zum § 31:

„Die Abgabe ist zu stunden, wenn durch die Zahlung die Fortsetzung des Betriebes der Abgabepflichtigen gefährdet wird.“

Abg. Dr. Herx (U. S. P.): Was soll diese Kaufschubbestimmung? Wird es nach ihrer Annahme noch einen Steuerpflichtigen geben, der freiwillig die Steuer entrichtet? Der Antrag ist eine ungeheure Propagation. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern kennt man keine Rückzahlungen. Steuerreste aus den Jahren 1918 und 1919 werden rückständiglos eingezogen. Der Antrag ist unmöglich, weil er eine Prämie auf die Verweigerung der Steuern bedeutet. Die Stundung der Steuer hat doch in Zeiten der Geldentwertung eine Verminderung der Steuer zur Folge.

Ministerialdirektor Opitz wendet sich ebenfalls gegen den Antrag. Die Bestimmung der Abgabenordnung sei völlig ausreichend. Abg. Reinath (Dem.): Bestimmungen über Stundung sind notwendig. Er beantragt in dem vorkriegsrechtlichen Antrag die Worte „nachweisbar“ und „ernsthaft“ aufzunehmen. Abg. Bernstein (S. P. D.) schlägt sich Herx an und verweist gegenüber einem weiteren vorkriegsrechtlichen Antrag auf Inzahlungnahme von Kriegsanleihe, daß von den 14 Milliarden beim Notopfer 10 Milliarden in Kriegsanleihe gezahlt worden seien. Abg. Goldmann (U. S. P.) bezeichnet den vorkriegsrechtlichen Antrag als Sabotage des Gesetzes. Abg. Herold (Zentr.) empfiehlt einen Antrag, der die Stundungsbestimmung aus der Vermögenszuwachsabgabe entfällt. Die Unabhängigen beantragen hierzu einen Zusatzantrag:

„Im Falle der Geldentwertung ist die Steuerleistung entsprechend dem Sinken des Geldwerts zu erhöhen.“

Bei der Abstimmung über den Zentrumsantrag wird zuerst der unabhängige Antrag angenommen, der so gestaltete Zentrumsantrag aber abgelehnt. Bei der Abstimmung über den demokratischen Antrag wird der unabhängige Zusatz abgelehnt und der demokratische Antrag mit keiner Prämie auf die Nichtzahlung der Steuern angenommen.

Dadurch ist die Absicht der bürgerlichen Parteien, die die Stundungsbestimmungen nicht wegen der Beteiligung von Härten haben wollen, sondern zur Milderung der Steuer überhaupt, klar entfällt.

Der vorkriegsrechtliche Antrag auf Inzahlungnahme von Kriegsanleihe wird mit Hilfe einiger Abgeordneter des Zentrums abgelehnt.

Sodann beginnt der Ausschuß die Beratung der Umsatzsteuer.

Berichterstatter Dr. Breitfeld (U. S. P.): Das Umsatzsteuergesetz steht im Mittelpunkt der Steuervorlagen. Es soll mehr als die Hälfte des gesamten Mehrertrages bringen. Der Regierung erscheint die Erhöhung der Umsatzsteuer als bester Ausweg. Die Erhöhung auf 2% Prozent soll neun Milliarden bringen, so daß mit der Erhöhung die Umsatzsteuer auf einen Gesamtertrag von 24 Milliarden kommen wird. Ob das eintreten wird, ist aber zweifelhaft, denn etwa 40 Prozent der Umsätze werden nach der eigenen Angabe der Regierung nicht versteuert. Es ist ein Sturm auf gegen die Umsatzsteuer zu verzeichnen. Die Abneigung der beteiligten Industrien und der Arbeiterklasse ist zu verstehen. Die Umsatzsteuer bringt nur 300 Millionen bei einem Gesamtertrag von 24 Milliarden. Die erhöhte Steuer für Speisen und Getränke wird sehr ernst diskutiert werden müssen. Ist es überhaupt möglich, drei Klassen von Schankwirtschaften: schlichte Betriebe, Luxusbetriebe, Betriebe mit erhöhtem Luxus zu unterscheiden? Zweifelslos wird in Luxusbetrieben ungeheurer gepreßt. Aber nicht nur dort. Wie groß wird der Verwaltungsapparat zur Kontrolle werden? Wird der Aufwand dafür nicht auch größer sein als der Ertrag? Der Anspruch der Genossenschaften auf teilweisen Erlass der Umsatzsteuer ist berechtigt.

Wir behalten uns eine endgültige Stellungnahme zu dieser Steuer vor. Vor ihrer Verabschiedung ist die Stellungnahme der Reichsregierung zur Erlassung der Sachwerte notwendig. Von der Mahnung des Reichsanzlers an den Besitz, ein „deutlich sichtbares Opfer“ zu bringen, ist bisher sehr wenig zu merken. Weder bei den Entwürfen zu den Vermögenssteuern und noch weniger bei den bisherigen Verhandlungen dieses Ausschusses. Unter diesen Umständen ist eine Belastung des Verbrauchs unerträglich.

Abg. Herx (Dtn.): Die Regierung betrachtet die Umsatzsteuer als eine mildernde Maß. Redner spricht sich weiter für die Entlastung der Besteuerung der Umsätze der Landwirtschaft aus.

Abg. Reinath (Dem.) hat gegen die Besteuerung des Warenverkehrs keine grundsätzlichen Einwendungen. Er befürchtet nur eine Konzentration der Betriebe durch diese Steuer.

Ministerialdirektor Opitz: Aus dieser Steuer sind große Beiträge herauszuholen, auch bei schwankender Konjunktur. Da die fortgesetzte Erhöhung bedenklich sei, müsse man jetzt auf einmal den höchstmöglichen Satz erheben. In Frankreich werde in Zukunft die Umsatzsteuer 2% betragen. Das Experiment mit der Umsatzsteuer ist nicht gelückt. Sie müsse umgebaut werden. Wir können uns aber den Luxus nicht leisten, auf die Umsatzsteuer ganz zu verzichten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Hugo (D. V. P.) und Reine (S. P. D.), der für Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent eintritt, wird die Beratung vertagt.

Die Waffen des Alkoholkapitals

Von Dr. E. Druder

In welcher umfassender Weise das Kapital an der Führung der öffentlichen Meinung arbeitet, können wir wieder einmal an einem höchst lehrreichen Schulbeispiel erkennen. Diesmal handelt es sich um das Alkoholkapital. Ihm wird es nämlich jetzt Angst um seinen Profit. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist Anfang 1919 das gesetzliche Alkoholverbot in Kraft getreten. Mit Ausnahme der in den letzten Jahren Eingewanderten, mit Ausnahme der Bier liebenden Deutschen und der Kreise, deren einzige Beschäftigung im gedankenlosen Genießen besteht, haben alle Bevölkerungsklassen bei diesem Ergebnis mitgewirkt. Großindustrie und Geschäftswelt verfolgten dabei zugleich sehr praktische Ziele. Sie rechneten darauf, daß das Geld, was bisher in die Salons, die Alkoholverkaufsstätten, getragen wurde, nunmehr in ihre Taschen fließen würde. Und tatsächlich hat mit dem Aufhören des freien Alkoholverkaufs eine verstärkte Nachfrage nach Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und auch nach geistiger Nahrung eingeleitet. Die meisten Salons verwandelten sich in Geschäftsräume und die Brauereien und Brennereien stellten ihre Betriebe auf die Erzeugung von Lebensmitteln, Nährpräparaten und dergleichen um. Sie beschäftigten nunmehr meist weit mehr Arbeiter als früher, denn bei der Alkoholverkauf ist die Zahl der Arbeitskräfte verhältnismäßig niedrig. So hat das Alkoholverbot die Arbeitslosigkeit vermindert, statt sie zu erhöhen. Erst das immer weitere Ansteigen des Dollars hat zu einer bedrohlichen Krise geführt, gegen die kein Mittel helfen will.

Das Schicksal des amerikanischen Alkoholkapitals läßt nun das europäische Alkoholkapital nicht schlafen. Die Nüchternheitsbewegung ist längst nach Europa übergesprungen. Sie gewinnt jetzt Boden in der Arbeiterschaft. Man verliert immer mehr die Lust, dem Alkoholkapital die sauren verdienten Groschen oder vielmehr Markscheine in den Taschen zu werfen und dafür keinen Gewinn, sondern eine Schädigung einzutauschen. Man erkennt immer klarer, daß wir Brot und Kartoffeln brauchen, aber keine berausenden Getränke. Man sieht ein, daß im Alkohol viel Geist, Kraft und Streben ertrinken, die der Arbeiterbewegung hätten zugute kommen können.

Das Alkoholkapital hat schon bisher durch seine Agenturen und Strohmannen versucht, die Öffentlichkeit irre zu führen. Was ist nicht alles über die angeblich schimmigen Wirkungen des amerikanischen Alkoholverbotes zusammengelogen worden! Die bürgerliche Presse hat gegen Geld und gut Worte bereitwillig jeden Schwindel abgedruckt. Nun soll künftig dieser Volksbetrug bei uns im größten Maßstab organisiert werden. Das hat uns ein Protokoll verraten, das ein günstiger Wind der Redaktion des „Abtinenten Arbeiters“ auf den Tisch geweht hat.

Am 14. Oktober tagte im Hotel Mon zu Berlin der Große Ausschuß des Deutschen Brauerbundes. Die Sitzung war streng vertraulich. Man hatte sich zwei Leuchten aus der Schweiz kommen lassen. Der erste Redner, Dr. Kurr-Basel, sprach über die Organisation. Er empfahl, in allen Staaten gegen die Nüchternheitsbewegung eine nationale Einheitsfront zu schaffen durch Zusammenschluß aller mit der Alkoholverkauf irgendwie zusammenhängenden Gewerbe. Ueber den Zweck meinte er: „Wir dürfen nicht sagen, gegen die Abstinenz ankämpfen zu wollen, sondern wir müssen dem Publikum glauben machen, daß wir nur gegen die Auswüchse der Abstinenz ankämpfen.“ Der andere Schweizer, Dr. Reumann-Bern, entwickelte einen großzügigen Plan für den Kampf gegen die Nüchternheitsbewegung. Er empfahl zunächst die umfassende und durchaus individuelle Beeinflussung der großen Tageszeitungen. Er führte aus:

„Notwendig ist der indirekte Verkehr mit der Presse. Interessierung für alle Fragen, die mit der Brauindustrie irgendwie zusammenhängen, und zwar so, daß ihr der Mantel der Wissenschaft umgehängt wird, also geschickte Verkleidung. (!!) Entweder eigene Artikel schreiben oder im Alkoholkapital stehende Wissenschaftler für Abfassung von Berichten in unserem Sinne zu gewinnen suchen. (d. h. kaufen.) Die Artikel müssen eigens für diese Zeitungen bearbeitet sein und in ihrem Tone auf den Charakter der einzelnen Blätter abgestimmt werden. Sie müssen so gefärbt sein, daß nicht einmal die interessierten Kreise merken, daß die Artikel im Interesse der Brauindustrie geschrieben sind.“ (!!)

Als zweite Maßnahme wurde empfohlen die Herausgabe eigener Zeitschriften mit populärwissenschaftlichen Aufsätzen; diese Zeitungen müßten den diplomatischen Schachzug anwenden und den Standpunkt des Verbrauchers vertreten. Ferner:

„Die Zeitungsartikel müssen für die Mäßigkeit eintreten. Wir müssen um uns in dem harten Kampfe gegen die Alkoholgegner behaupten zu können, darauf einwirken, daß wir für den Genuß aber nicht für das Saufen eintreten. Heute kann nur mehr der Mäßigkeitsstandpunkt sich halten. Darum wird es von uns klug und taktisch sein, wenn wir uns schon aus diesem Grunde mit den Mäßigkeitsspartei die Fingert reichen. Auch

die Wissenschaft ist für unsere Zwecke dienlich zu machen. Wir müssen eigene wissenschaftliche Untersuchungsabteilungen unterhalten, um einen Einfluss auf die Ergebnisse ausüben zu können." (Die Ergebnisse dürfen dem Profit keinen Abbruch tun!!!)

Also umfassendste Propaganda durch Zeitungsartikel, Flugblätter, Broschüren, Bilder, Postkarten, Kinos, viel Statistik; vor allem auch die beliebten Umfragen unter Ärzten, Künstlern, Sportsleuten. Bei Umfragen läßt es darauf an, „wie geschickt der Fragebogen ausfällt; durch die Abfassung der Fragen muß die Antwort schon auf den gewünschten Weg geleitet werden.“ (III) Der Redner schloß mit den Worten: „Das Alkoholverbot in Amerika wird sehr schwer rückgängig zu machen sein. Sorgen wir dafür, daß wir hier im alten Europa nicht in denselben Fehler verfallen!“

Hier tut sich ein ungeheurer Sumpf auf. Lüge, Fälschung, Bestechung sollen helfen, den Profit zu retten. Was kümmern sich die Brauer um Volksgesundheit, Volkswohlfahrt, Volkswirtschaft, wenn nur ihre Dividenden steigen! Die Arbeiter haben es in der Hand, die gemeingefährlichen Absichten des Alkoholkapitals zunichte zu machen.

Garte Bedingungen

Die Rede des britischen Schachzanglers

Die Rede des britischen Schachzanglers Horne, die wir bereits in dem größten Teil unserer gestrigen Abendausgabe ausführlich wiedergaben, ist nach mancherlei Richtung hin überaus bedeutsam. Horne erklärte, es sei selbstverständlich, daß England nicht im Traume daran denke, ein Abkommen, das in irgendeiner Weise seine Freunde benachteiligen könnte, ohne angemessene Beratungen und Entscheidungen mit ihnen einzugehen. Er habe nicht den geringsten Zweifel, daß England in allen Fragen, die mit der Reparation zusammenhängen, mit seinen Alliierten zu einem Einverständnis kommen werde. Er erklärte ferner, daß das deutsche Ersuchen um Aufschub der im Januar und Februar fälligen Leistungen mit den Alliierten gemeinsam erörtert und einstimmig beantwortet werden müßte.

Diese Erklärung Hornes ist um so bedeutsamer, als für einen etwaigen Zahlungsausschub bis zum Jahre 1930 nur eine Mehrheit in der Reparationskommission notwendig ist, nicht aber eine Einstimmigkeit. Alle Spekulationen auf die Unstimmigkeiten zwischen den Alliierten erweisen sich demzufolge als verfehlt.

Hornes Ausführungen lassen ferner erkennen, daß er sich der Gefahr eines Wirtschaftszusammenbruchs Deutschlands für Europa voll bewußt ist. England sei deshalb zur Hilfe bereit, jedoch nur unter Bedingungen. Diese Bedingungen bestätigen, was wir stets vorausgesagt haben. Die Alliierten sind im jetzigen Augenblick durchaus noch nicht von der völligen Zahlungsunmöglichkeit Deutschlands überzeugt. Ihr Mißtrauen gegen Deutschland ist sogar durch die Mißwirtschaft in den Finanzen, hervorgerufen durch die Steuersehen der Besitzenden, außerordentlich verstärkt worden.

Hornes Kritik an der inneren Finanzwirtschaft Deutschlands richtete sich insbesondere gegen die staatlichen Beihilfen für die Verbilligung des Brotpreises in Deutschland, gegen die Verlustwirtschaft bei den Eisenbahnen und gegen die zu niedrigen Kohlenpreise. Das alles bedeute eine Subvention des Staates an die Unternehmer und habe zur Folge, daß der deutsche Industrielle in der Lage sei, seine Arbeiter niedrig zu entlohnen. Deutschland müsse diese Beihilfen aufgeben, um seine Verpflichtungen gegenüber der Entente zu erfüllen. Es müsse auch innerhalb eines festgelegten Zeitraums die Ausgabe von Papiergeld einstellen.

Daß diese Forderungen Vorbedingungen für einen Zahlungsausschub darstellen, ist nicht verwunderlich. So unbestreitbar es ist, daß die staatlichen Zuschüsse zum Brot, zu Kohlenpreisen wegen der durch sie bewirkte Niedrighaltung der Löhne eine Bevorzugung der Industrie und eine Zerrüttung des Staatshaushalts zur Folge gehabt haben, so wenig darf verkannt werden, daß eine sofortige Aenderung ohne Sicherungsmassnahmen große soziale Gefahren in sich bergen würde. Die Beseitigung der staatlichen Zuschüsse zum Brotpreis kann und darf nur erfolgen unter gleichzeitiger ausreichender Erhöhung der Löhne, die Heraushebung der Kohlenpreise durch eine Kohlensteuer nur verbunden mit Schutzbestimmungen, durch die der Hausbrand vor einer weiteren Verteuerung bewahrt wird und ebenso die Kohlen für alle gemeinnützigen Unternehmungen. Durchaus berechtigt ist aber die Forderung, daß die Vermehrung der Noten aufhören und das Reich seine Ausgaben durch Steuern decken muß.

Hornes Rede zeigt die große Gefahr, daß, wenn Deutschland nicht freiwillig alles tut, um sein inneres Staatsbudget in Ordnung zu bringen, es sich der Finanzkontrolle des Auslandes aussetzt. Dieser Gefahr muß rechtzeitig begegnet werden.

Von der Börse

Die Ungewißheit, die über der Koratoriumsfrage schwebt und die widersprechenden Meldungen über das Ergebnis der Besprechungen Rathenaus, haben die Börse gestern zum Abwarten veranlaßt. Während die Devisenkurse zuerst etwas höher standen als am Montag nachmittag gingen später die Kurse etwas zurück. Amisch wurde der Dollar mit 227 notiert gegenüber 236 am Vortage. Auch die übrigen ausländischen Devisen erlitten eine kleine Abwägung.

Der Schieferlaß

Seine Abänderung wird „geprüft“

Auf unsere Forderung, daß der Heinesche Schieferlaß endlich sofort aufgehoben wird, wird mitgeteilt, daß eine Ueberprüfung dieses Erlasses angeordnet sei. Es sei auch beabsichtigt gewesen, ein Gutachten der Regierungspräsidenten einzuholen, wie weit der Erlaß von 1919 geändert werden könnte. Da Minister Severing aber annimmt, daß diese Gutachten erst in einigen Wochen einlaufen werden und ihre Bearbeitung wiederum einige Wochen in Anspruch nehmen wird, sei er der Ansicht, daß die Ueberprüfung auch von den Zentralstellen vorgenommen werden kann. Er habe deshalb mit Rücksicht auf die gegen 1919 erheblich veränderte Lage angeordnet, daß die Regierungspräsidenten nicht erst gefragt werden sollen. Der Minister hat vielmehr die Sachbearbeiter angewiesen, ihm Vorschläge für eine Abänderung des Erlasses von 1919 schnellstens zu unterbreiten.

Diese Antwort befriedigt uns sehr wenig, denn sie verzögert eine Entscheidung, die sofort notwendig ist. Wollte

der Minister Severing verhindern, daß der Heinesche Erlaß bis zu einer Aufhebung weitere Opfer fordert, so hätte er sich dazu aufraffen müssen, jetzt wenigstens den Erlaß des preussischen Junkers von Hammerstein vom Jahre 1902 an die Stelle des Heineschen Erlasses zu stellen.

Niederschönenfeld

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 6. Dezember.

Als vor einigen Tagen die Meldung durch die Presse ging, daß die bayerische Regierung beabsichtige, der Reichsregierung eine Note überreichen zu lassen, in der sie zum Ausdruck bringe, daß sie sich gegen die Ansicht des Reichs hinsichtlich des Strafvolzugs wendet, wurde diese Meldung prompt dementiert. Wir können aus zuverlässiger Quelle mitteilen, daß der heutige Ministerrat sich mit der Frage des Strafvolzugs in der Festung Niederschönenfeld und mit den Meinungsverschiedenheiten der bayerischen Regierung und dem Reichsjustizminister Radbruch beschäftigt hat. Er hat beschlossen, dem Reichsjustizminister durch Vermittlung des bayerischen Gesandten in Berlin eine Antwort zugehen zu lassen, in der die bayerische Regierung hinsichtlich des Strafvolzugs und der Reichsaufsicht ihren Standpunkt nach der rechtlichen und politischen Seite zum Ausdruck bringen wird. Dabei wird an dem bisherigen Standpunkt festgehalten, wonach betont wird, daß das Reich gegenüber Bayern in Fragen der Justiz und des Strafvolzugs kein Aufsichtsrecht habe. Es deutet alles darauf hin, daß die bayerischen Nachbarn es zum Konflikt mit dem Reich treiben wollen.

Zusammenbruch der Pfälzischen Bank

340 Millionen Mark Verlust

M. L. B. teilt mit: Bei der Münchener Niederlassung der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen haben sich durch unverantwortliche Manipulationen des Münchener Devisenhändlers, der gegen die Bestimmungen von der Zentrale der Bank in Ludwigshafen gegebenen Instruktionen gehandelt und seine Baillieusengagements der Direktion der Bank verheimlicht hat, sehr bedeutende Verluste im Termindereingeschäft ergeben. Die Engagements sind jetzt eingedockt, doch dürften sehr schwerwiegende Mahregeln für das Institut selbst notwendig werden, da das Aktienkapital und die Reserven verloren sind, so daß das Fortbestehen der Pfälzischen Bank als selbständiges Institut in Frage gestellt ist. Durch die Mithilfe der Rheinischen Creditbank und der Deutschen Bank soll dafür Sorge

getragen werden, daß die Kunden der Pfälzischen Bank bei der Neuordnung keinerlei Verluste erleiden. Es soll beabsichtigt sein, daß die Filialen der Pfälzischen Bank in der Pfalz von der Rheinischen Creditbank übernommen werden, während die Geschäfte in Frankfurt a. Main und im rechtsrheinischen Gebiet auf die Filialen der Deutschen Bank übergehen. Im Zusammenhang damit wird die Rheinische Creditbank, die eine Vermehrung des Aktienkapitals um 60 Millionen Mark ausgeschrieben hat, diese Vermehrung auf 120 Millionen Mark erhöhen, die von der Deutschen Bank übernommen werden sollen.

Die Pfälzische Bank gibt in einer Erklärung den durch die Desinfektionsmaßnahmen ihrer Münchener Niederlassung entstandenen Verlust mit 340 Millionen Mark an.

Explosionkatastrophe in Saarlouis

Über 100 Tote

Saarlouis, 6. Dezember.

Heute mittag gegen 12 Uhr erfolgte im Betriebe der Dynamitfabrik Alfred Nobel u. Co. eine schwere Explosion eines Debehalters. Eine Anzahl Leichtverletzte konnte sich aus den Trümmern retten. In dem brennenden Betriebe sollen sich noch etwa 50 Personen befinden. Da mit der Gefahr neuer Explosionen zu rechnen ist, können Rettungsmannschaften an die Unglücksstelle nicht heran. Ein Teil des Walles steht in Flammen. Bis auf große Entfernungen sind die Fenster Scheiben geplatzt. Genaueres läßt sich noch nicht feststellen. Die letzte Meldung, die eintraf, spricht von über hundert Toten.

Auf die Nachricht von dem furchtbaren Unglück, das sich in Saarlouis in der Dynamitfabrik von Alfred Nobel u. Co. ereignet hat, begab sich der Präsident der Regierungskommission, Raut, in Begleitung des Mitgliedes der Regierungskommission Dr. Hector, des Direktors der Abteilung des Innern Dr. Selsau, des Direktors der Obersten Polizeiverwaltung Adler, und des Oberberghauptmanns Franzen an die Unfallstelle. Der erste Besuch des Präsidenten galt den Opfern der Explosion. An der Unfallstelle wurden sofort die notwendigen Anordnungen zur Absperzung und Sicherung getroffen. Der Präsident überreichte dem Bürgermeister im Namen der Regierung als erste Unterstützung zur Vinderung der durch die Explosion entstandenen Not einen Betrag von 40 000 Mark. Auf die Anregung des Präsidenten wurde eine Sammelkiste in Umlauf gesetzt.

Bürgerlicher Wahlbez. In Zell a. Mosel, wo bisher eine sozialistische Mehrheit bestand, erhielten die Bürgerlichen 14 Sitze, die Kommunisten 7 und die Unabhängigen 3.

Teuerung, Wucher und Steuerdruck

Die 28 öffentlichen Versammlungen, die die Unabhängige Sozialdemokratie zu gestern abend in allen Gegenden Berlins einberufen hatte, waren fast sämtlich überfüllt. Die immer zunehmende Teuerung, die Gefahr, daß die neuen Steuerlasten ausschließlich auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden, hatten die Massen in die Versammlungen getrieben. Auch die Frauen scheinen diesmal dem Ruf der Partei in größerem Maße als früher gefolgt zu sein.

Es das ein günstiges Zeichen, so lauten auch die Mitteilungen über den Verlauf der Versammlungen befriedigend. Wo eine Diskussion stattfand, da bewegte sie sich nicht in den in den letzten Jahren des Bruderkampfes zur Gewohnheit gewordenen gehässigen Formen, sondern blieb kameradschaftlich. Die Versammlungen sind deshalb als der erste Anlauf zur einheitlichen Protestkundgebung des Proletariats im Kampfe gegen seine weitere Verelendung und als bedeutsames Zeichen des Erwachens der Arbeiterklasse, sowie ihres festen Willens, den Kampf mit aller Energie zu führen, anzusehen.

Drahtfäden des Ostens

Vor gutbesuchter Versammlung legte Genosse Dr. Moses in markanten Worten die fortschreitende Verelendung der Volksmassen dar. Ausgehend vom Weltkrieg schilderte Referent an der Hand statistischer Erfahrungen das Elend der Massen. Mangel, Hunger und Säuglingssterblichkeit sind es, die die Massen degenerieren. Will die Masse sich frei machen, so muß das Proletariat erkennen, daß nicht die bürgerliche Presse, nicht das Kino, sondern der enge Zusammenhalt der Proletarier in der U. S. P. D. und Aufklärung durch die Arbeiterpresse, die „Freiheit“, führt die Massen zu höherem Wissen, so auch zur Befreiung der Arbeiterklasse. Nolenberg von der U. S. P. D. sprach sich eingehend für die Erfassung der Sachwerte aus, da nur so die Rettung des Proletariats möglich sei. Im Schlußwort wandte sich Genosse Dr. Moses an den Betreuer der U. S. P. D. und wünscht, daß dessen Erkenntnis auch in den Reihen seiner eigenen Partei Platz greifen möchte.

Schulanlaß Passenfrage

Hier sprach Genosse Krille. Die Versammlung war lange vor Beginn überfüllt. Trotzdem viele Besucher stehen mußten, folgten sie mit Aufmerksamkeit den vorzüglichsten Ausführungen des Referenten. Besonders hervorzuheben ist die große Anzahl der weiblichen Versammlungsbesucher, die darauf zurückzuführen ist, daß gerade die Frauen der Folgen der Teuerung in erster Linie verfallen. Der Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, folgte eine kurze Diskussion, in der dem Referate ausdrücklich zugestimmt wurde. Einmütig kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß die Versammlung den Auftakt zu entscheidenden Kämpfen bilden muß.

Pharus-Gäle

Vor überfüllter Versammlung referierte Genosse Dr. Wenl. In markanten Strichen zeichnete der Referent die Verelendung der Arbeiterklasse. Als Mittel der Abwehr einer weiteren Verelendung der Arbeiterklasse forderte Wenl die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Das Proletariat muß an Stelle eines Bruderkampfes den härtesten Klassenkampf sehen. Zur Zeit muß stärkste Heranziehung der Besitzenden zu den steuerlichen Lasten verlangt werden. Der Referent geht auf die Forderung der Erfassung der Sachwerte näher ein und fordert Ausbau der Sozialversicherung, Regelung des — jeder Beschreibung spottenden — Wohnungswesens, Sozialisierung des Bergbaues und des Verkehrswesens, wie die Demokratisierung des Verwaltungswesens. Alle diese Forderungen können nur erkämpft werden durch ein einziges, geschlossenes Proletariat. Brausen der Beifall bezeugte, daß der Referent der Versammlung aus dem Herzen gesprochen hatte und daß die Versammlung gewillt ist für diese Forderungen einzutreten.

Zwei U. S. P. D. Redner erklärten sich voll und ganz mit den Ausführungen Wenls einverstanden und forderten beide zur Vertiefung der Einheitsfront des Proletariats auf. Nach einem mit starkem Beifall aufgenommenen Schlußwort Wenls schloß der Vorsitzende die Versammlung mit anfeuernden Worten und einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterklasse.

Rades Festhäle

Genosse Umer behandelte vor einer gut besuchten Versammlung in einem 1 1/2 stündigen Referat eingehend das vorliegende Thema.

Scharfe Hiebe wurden den rechtsstehenden, kapitalistischen Parteien verabfolgt, ebenso wurde auch scharf das Verhalten der SPD. in der Frage der Koalitionsregierung gerügt. Das sachlich gut durchgearbeitete Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Kommunist Frankens-Böllingen bestätigte in der Diskussion im allgemeinen die Ausführungen des Referenten. Genosse Hofmann empfahl dem kommunistischen Diskussionsredner, keine zustimmenden Erklärungen in die Reihen seiner Parteigenossen einzutragen. In keinem Schlußwort gelang Genosse Umer, daß der Kommunist Frankens der erste sei, der die Rechte seiner Partei eingestanden habe. Er sah darin eine gute Vorbedingung für die Einigkeit der Arbeiter. Der Versammlungsleiter schloß die Versammlung mit anfeuernden Worten.

Gramanns Festhäle

Die Versammlung war stark besucht. Der Referent, Gen. Eckhardt, erntete für seine großzügigen Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion erklärte sich ein Kommunist mit dem Referenten im großen ganzen einverstanden. Die Versammlung schloß, vom besten Geist befeuert, mit einem Hoch auf die Versammlung.

Nationalhof, Bülowstraße

Hier sprach Genosse Künstler vor überfüllter Versammlung. Er begann mit dem Hinweis auf den wirtschaftspolitischen Kurs aller bürgerlichen Parteien, speziell in den Fragen der Ernährung, Steuer- und Finanzpolitik. Vom Getreideumlageverfahren angefangen bis zu den Debatten über die Steuererleichterung im Reichsteuergesetz tritt recht klar zutage die nationalsozialistische, die geradezu volksverderbende Politik von den Deutschnationalen bis zu den Deutsch-Demokraten. Zur Verteidigung des Besten findet sich das gesamte Bürgertum in Stadt und Land zusammen gegen die Hand- und Kopfarbeiter. Die herrschende Teuerung und die anwachsende Preissteigerung wird die Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihrem schweren Daseinskampf zusammenschweißen. Das nächste Ziel muß sein die Erfassung der 10 Punkte des A. D. G. B. wie aber auch die zuerst von der U. S. P. D. propagierte Forderung der Erfassung der Sachwerte. Alle Diskussionsredner erklärten sich mit den Ausführungen des Genossen Künstler einverstanden.

Schöneberg

In der Hohenzollernschule, Belsiger Straße, brachte die gutbesuchte Versammlung den Ausführungen der Genossen Rich lebhaftes Interesse entgegen. Die Genossin Rich schilderte den Kampf der U. S. P. in Reichstag um die Erfassung der Sachwerte und um die Steuern, und schloß ihr Referat mit einem Appell an die Versammlung, sich der U. S. P. anzuschließen, um so gemeinsam den Kampf gegen die Verelendung durchzuführen. Die Versammlung lobte mit reichem Beifall. In der Diskussion unterstrich ein Genosse die Ausführungen der Genossin Rich. In einem kurzen Schlußwort appellierte sie noch einmal an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen und mit uns gemeinsam den Kampf zu führen.

Brick

Die Versammlung in Brick war nur schwach besucht. Das Referat hielt Genosse Loewenstein. Einige Kommunisten machten sich in der Diskussion bemerkbar, die Loewenstein glänzend abfertigte.

Lichtenberg-Stadt

Im Cecilienkloster sprach der Genosse Schneider-Neufalkn vor einer sehr aufmerksamen Zuhörerschaft über das vorliegende Thema. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach ein Kommunist, der die Ausführungen des Referenten unterstrich und die Anwesenden zur Einigung aufrief.

Friedrichsfelde

In der gutbesuchten Versammlung in Friedrichsfelde sprach der Genosse Köhn. Er führte aus, daß die Ursache der heutzutage forderungen seien. Eine weitere Schuld der heutigen Not ist der ungedeckte Betrag im Staatshaushalt. Im Interesse der Arbeiter teige es, ihn endlich ins Gleichgewicht zu bringen. Dabei sei es nötig, daß der Staat sich an den Sachwerten beteilige. Eine geeignete Grundlage, um die Stiehkraft der Arbeiter zu freizugeben, seien die 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Ausführungen des Referenten wurden durch einen Kommunisten unterstrichen.

Weltwirtschaft und deutsche Wirtschaft

Reichskongress der Betriebsräte der Metallindustrie

Wir lassen der kurzen Meldung über den ersten Tag des Reichskongresses der Betriebsräte der Metallindustrie in der gestrigen Morgenausgabe unseres Blattes den nachstehenden ausführlicheren Bericht folgen:

Nach einer längeren Begrüßungsansprache Dismanns, des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes und Viktor Steins, des Vertreters der österreichischen Metallarbeiter, begrüßte Regierungsrat Dr. Döpf in dem Namen der sächsischen und thüringischen Regierung, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Tagung wichtige Arbeit für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft leisten möge. Breslau-Berlin überbrachte Grüße und Wünsche der Betriebsrätezentrale des ADGB und des ADL-Bundes.

Als Vorsitzende wurden gewählt Dismann, Reichel, Lübke, Berlin und Griechhammer-Bielefeld. — Dismann teilte dann mit, daß Genosse Bauer-Wien, der als Referent über Weltwirtschaft vorgelesen war, wegen der Feuerungsarbeiten in Wien am Erscheinen verhindert ist.

Graze-Berlin stellte den Antrag, als Punkt 2 auf die Tagesordnung zu stellen: „Die zehn Punkte des ADGB und die „Die Aufgaben der Gewerkschaften und die Lohn- und Wirtschaftskämpfe“. Nach einem Hinweis Dismanns, daß die erste Frage so wie so gestreift werden muß, zog Graze diesen Teil seines Antrages zurück. Der zweite Teil des Antrages wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Alsdann nahm Professor Emil Lederer-Heidelberg das Wort zu seinem Referat über

Weltwirtschaft

Früher hatte jedes Land ein anderes Gesicht, und jedes Land hatte den Schlüssel für sein eigenes Schicksal in der Hand. Heute stehen die wirtschaftlichen Probleme aller Länder unter denselben Sternen, ob es sich um ein Kriegsgebiet oder neutrale Länder handelt. Zwei Gruppen sind zu unterscheiden. Was der Krieg in allen kriegsführenden Ländern vernichtet und zerstört hat, brauche ich nicht auszuführen. Während des Krieges und auch noch darüber hinaus in allen kriegsführenden und neutralen Ländern eine Hochkonjunktur und deshalb scheinbarer Reichtum. Aber die erzeugten Waren wurden verbrannt, wurden verpulvert, und die Länder belagerten dafür keine Gegenwaren, sondern Geld bzw. Gold. Aber wie es in der Fabel heißt: das Gold wurde zum Verhängnis, die neutralen Länder erlitten im Geldlegen. Schweden verbot sich den Goldlegen und verlangte konkrete Waren. Es entstand ein ungeheurer Warenmangel, dem die Produktion nicht nachkommen konnte. Es entstand auch ein Konsumhunger, da infolge der Zwangswirtschaft der Konsum ein beschränkter war. Diese Konsumkonjunktur hatten wir in der ganzen Welt und war nicht nur auf Deutschland beschränkt. Dadurch wurde die Produktion angeregt, aber sie konnte nicht dem Konsumhunger folgen, weshalb die Preise stark in die Höhe schossen. Seit dem August 1914 bis August 1920 hatten wir

eine ununterbrochene hemmungsfähige Rentabilität der Produktion. Sie hatte aber die Eigentümlichkeit, daß die Preise der Exportwaren, daß selbst die geliegten Einkommen nicht mehr nachkommen konnten. Infolgedessen kippte die ganze Geschichte um. Wir hatten auch früher schon derartige Wechsel der Konjunktur, aber da diesmal in allen Ländern das Umkippen erfolgte, waren die Wirkungen doppelt schwerer. Daß ein großer Teil der Menschen noch konsumieren will, daß andererseits trotzdem die Produktion eingeschränkt wird, ist einer der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.

Seit Sommer 1920 haben wir eine sich immer mehr ausbreitende Arbeitslosigkeit. In den Vereinigten Staaten ist eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent. Dasselbe Bild in England, wo die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten erhebliche Fortschritte gemacht hat. Tene Arbeitermassen können nicht mehr ihre notwendigen Anschaffungen machen. Dem entspricht eine wesentliche Einschränkung der Produktion. Nach den Feststellungen der vier Staaten ist die Eisenproduktion um 40—50 Prozent geringer trotz erhöhter Produktionsmöglichkeiten. In anderen Industriezweigen mit Massenproduktion ist das gleiche der Fall.

In allen valutarstarken Ländern sind die Löhne wesentlich herabgesetzt worden, aber die Kleinhandelspreise nicht dementsprechend. Auch die verhältnismäßig gut organisierte Arbeiterklasse mußte sich diese Einschränkungen gefallen lassen. In England erfolgt ebenfalls eine Herabsetzung der Löhne. Jede Industrie hat für sich gesehen ein gewisses Recht, aber jeder weiß, daß bei einer allgemeinen Lohnherabsetzung die Möglichkeit des Kaufens genügt wird. In früheren Zeiten haben wir die Krisen überwunden, indem man einen neuen Markt aufnahm. Heute aber, wo die Krise sich über die ganze Welt erstreckt, besteht diese Möglichkeit nicht, wodurch auch die Möglichkeit einer baldigen Überwindung der Krise wegfällt. Das Bild, das sich uns darstellt, ist demgemäß kein freundliches. Die Krise wird noch verschärft durch die Reparationsleistungen, weil die deutsche Industrie über das Maß hinaus Waren auf den Markt wirft.

Volkswirtschaftlich befinden wir uns also in einer sehr verwickelten Lage, die auch

voller Gefahren ist für die deutsche Arbeiterschaft

und für die deutsche Volkswirtschaft. Solange die Reparationsleistungen fortauern, wird Deutschland eine Insel bleiben, in der es nur geringe oder keine Arbeitslosigkeit gibt. Eine Ursache ist die deutsche Währung. Wird aber die deutsche Währung in irgendeiner Form stabilisiert, so wird die Krise auch auf Deutschland sich ausbreiten. Auf den ersten Blick sieht allerdings unsere Lage günstiger aus.

In Deutschland und Österreich ist das Bild etwas anders, zunächst deshalb, weil die Gewerkschaften die Arbeiter besser geschützt haben und bei der Föhne hatten. All diese Tatsachen lassen erhoffen, daß die Gewerkschaften Kontakt bleiben und auch im Fall einer Krise ein Faktor bleiben werden. Unter dem Schutzschild der schlechten Währung haben sich die Gewerkschaften zu einem notwendigen Element der Produktion ausgebildet. Bei einer Stabilisierung unserer Währung würde das Interesse der Unternehmer an harten Gewerkschaften, das heute u. E. verschieden ist, schwinden. Kommt die kapitalistische Wirtschaft wieder in Ordnung und fallen die Reparationsleistungen, so werden auch für die Gewerkschaften die Gefahren sich verringern. Die weltwirtschaftliche Krise gibt ein zutreffendes Bild von der kapitalistischen Wirtschaftsweise und es ist zu hoffen, daß daraus für die Arbeiter bessere Verhältnisse erwachsen werden.

In der Nachmittagsstunde referiert Dr. Rudolf Hisinger-Berlin über

Die deutsche Wirtschaft

Der Referent erörtert am Anfang seiner Ausführungen die Ursachen der guten Konjunktur in Deutschland, der Geldentwertung und der scheinbar widerspruchsvollen Tatsache, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Gelde begriffen sind, wohingegen der Staat im Verfall begriffen ist.

Wie kam der Staat in die jetzige Lage? Während des Krieges wurde, im Gegensatz zu England, nichts getan, um die Kriegsausgaben durch Steuern, auch nur teilweise, zu decken. Dadurch wuchs in Deutschland das Defizit dauernd, der deutsche Staat griff zum Banknotendruck. Seit Kriegsausbruch hat Deutschland ohne Rücksicht auf die Produktion Banknoten ausgegeben. Dadurch stand ein immer größerer Warenmangel eine vermehrte Banknotenmenge gegenüber, die Kaufkraft des Geldes sank und die Preise der Waren stiegen. Diese Tatsache hat Wirkungen nach den verschiedenen Seiten. Zunächst interessiert uns die soziale Seite. Die Warenerzeugung ergreift nicht alle Waren in gleicher Weise. Die am meisten gedruckten Waren steigen am raschesten, Rohstoffe und Luxuswaren folgen. Wenn in Deutschland dies nicht so rasch eingetreten, so infolge der Zwangswirtschaft.

Der Warenerzeugung folgt die Festsetzung der Ware Arbeitskraft am langsamsten. Je länger die Geldentwertung und geschwächt, um so härter auch die Kämpfe der Gewerkschaften um die Festsetzung der Preise der Ware Arbeitskraft. Wir leben darum, daß der Steigerung der Lebensbedürfnisse bis zum Ende nur eine Steigerung der Löhne um höchstens das Fache gefolgt ist. Die Lage des Arbeiters wird dadurch eine ständig schlechtere.

Für zahlreiche Mittelschichten bedeutet die Geldentwertung eine völlige Expropriation.

Innere und äußere Geldentwertung!

Das Ausmaß der äußeren Geldentwertung ist ein größeres, als der inneren. In der äußeren Wertung hat die Mark eine Kaufkraft von 2 Pfennig, in der inneren von über 4 Pfennig. Von dem Import und dem Export hängt die innere Geldentwertung ab. Da wir mehr Waren einführen als wir ausführen, sank der äußere Markwert. Das Ausland nahm die Mark nur zu niedrigen Sätzen. Das starke Sinken des Markwertes im Ausland hat starke Wirkung auf die deutsche Handelspolitik. Die menschliche Arbeitskraft ist in Deutschland jetzt eine ungemein billige. Der deutsche Bergarbeiter erhält jetzt einen Schichtlohn von einem halben Dollar, während er vor dem Kriege etwa zwei Dollar pro Schicht bekam. Das deutsche Valutadumping hat im Ausland zu bedeutenden Zollerhöhungen und Goldzuschlägen geführt.

Sehr ungünstig auf unsere Wirtschaft wirken unsere Verpflichtungen gegenüber der Entente. Wir müssen aber den andern zeigen, daß die Erfüllung des Vertrages nicht tragbar ist, weder für uns noch für die andern. Wir müssen vor allem versuchen, den Schleuderspreis auszuhalten. Wir müssen den Weg der Barzahlung umwandeln in Sachleistung. Barzahlung bedeutet Schuldentouren, Sachleistung bedeutet nur eine gesteigerte Produktivität in Deutschland und Vierterung bestimmter Waren. Das Loucheur-Rathenauer Abkommen ist der Anfang. Es ist der einzige Weg, um die deutsche Wirtschaft vor dem Zugrundegehen zu retten. Die Einsicht hierfür ist im Westen begriffen. Die jetzige Blüte der deutschen Wirtschaft ist eingeleitet durch die Verzögerung des Markwertes. Sie löst im Ausland auf starkem Widerstand, weil sie den Markt des Auslandes desorganisiert. Nach außen hin ist es für uns entscheidend, daß die Barzahlungen umgewandelt werden in Sachleistungen, und im Innern durch Stilllegung der Rotenpresse und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt. Das ist eine Frage der Lohnpolitik, der Handelspolitik. Ohne Herstellung des Gleichgewichts im Innern kommen wir nicht zu andern Verhältnissen.

Die Steuerpolitik

Das Unglück war, daß die Steuern viel zu spät gekommen sind, und daß sie nicht eingezogen worden sind. Es bedarf einer neuen Form der Steuererhebung, die den jetzigen Problemen gerecht wird. Das ist die einzig richtige Zeit der Forderung nach Erlassung der Sachwerte. Bei den jetzigen Steuern findet ein fortwährender Kampf zwischen den Besitzenden und dem Fiskus statt, bei dem der Fiskus stets der Schlagene war. Deshalb muß der Staat seine Hand unmittelbar auf die Quellen, auf die Erträge legen. Wir fordern deshalb, daß der Staat an allen größeren Unternehmungen mit 25 Prozent beteiligt ist, wodurch gleichzeitig den Schiedungen, wie Abschreibungen, Beträge für Wertkonten usw., vorgebeugt wird. Damit wird auch den Schwierigkeiten der Festsetzung der Grundsteuer begegnet. Das ist der wichtigste Punkt einer großen Finanzreform. Wir müssen verlangen, daß die ausgeschriebenen Steuern sofort eingezogen werden. Es ist ein unnatürlicher Zustand, daß alle im letzten Lohnverhältnis Stehenden sofort ihre Steuern abliefern müssen, während die andern ihre Steuern nicht entrichten, sondern sie verbrennen anlegen. Die zu treffenden Maßnahmen sind sehr leicht zu treffen.

Nun hat die Industrie ein Angebot gemacht, um dem Staate die notwendigen Goldmilliarden auf den Tisch zu legen. Biersch wurde an den Ernst dieses Angebots gelehrt, bis dann endlich die Industrie herausstie mit ihren Absichten. Sie wollte die Eisenbahnen für sich, sie wollte bestreitet sein von den Fesseln des Staates, d. h. sie wollte die Preise, z. B. die Kohlenpreise, ganz nach eigenem Ermessen festsetzen. Das Angebot bedeutet, daß der Staat sein Verfügungsrecht aufgibt, und daß die Gruppe der Industrie, die das Angebot gemacht hat, zum unbeschränkten Herrscher im Staat wird. Auch ausländische Kapitalisten sollen an den entstehenden Eisenbahnen Mitsprache auf die Löhne, sondern auf die Herunterwirtschaftung der Bahn während des Krieges, auf die Forderungen der Entente usw. Auch wir verlangen, daß die Eisenbahnen wirtschaftlicher werden, aber es soll geschehen durch die Entbureaucratisierung der Bahn.

Es hat sich der eigenartige Zustand herausgebildet, daß diejenigen, die den Klassenstaat bekämpfen, diesen Staat schützen und stützen müssen gegen die angeblichen besten Stützen des Staates.

Die Frage der Sozialisierung

— Sie ist die politische, wirtschaftliche und staatsrechtliche Forderung der Gegenwart. Der Kapitalismus stirbt nicht ohne äußere Einwirkung ab. Ein Mittel dieser Einwirkung ist der Betriebsrat. Der Betriebsrat hat die naturgemäße Tendenz, das Mitbestimmungsrecht bei der Produktion zu vergrößern. Das führt letzten Endes zur Leitung des Betriebes. Da aber die Betriebe zusammenhängen, so fördert daraus die Forderung zur Kontrolle des Industriezweiges. Es geht damit Hand in Hand das Bestreben zu einer demokratischen Wirtschaft, zur Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsform in eine sozialistische. Die Frage des Sozialismus ist nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern eine Frage der Verteilung aus Unterwürfigkeit, eine Frage der Persönlichkeit. Wenn Sie diesem Kampf diese Idee zugrunde legen, dann werden Sie den Kampf führen können mit jener Energie, die zum Ziele führt. (würrmüder Beifall.)

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Erhebung der Barleistungen durch Sachleistungen die Gefahr mit sich brächte, daß die Unternehmer den Wirtschaftskrieg in die Hände der Arbeiter werfen würde, daß die Forderung erhoben, daß die Löhne in Goldwährung gezahlt werden sollten. Hervorgehoben wurde in der Diskussion auch, daß mit den Forderungen des A. D. G. B. Ernst gemacht werden müsse.

In seinem Schlusswort wies Hisinger darauf hin, daß weitgehende prinzipielle Bedenken nicht geäußert wurden. Nur einer der Diskussionsredner meinte, man solle alles auf den Goldstandard bringen. Dieser Vorschlag könnte gewisse Vorteile bieten aber es steht ihm ein gewisser Nachteil gegenüber, indem bald niemand mehr Zahlungen in Papiermark annehmen würde. Wir würden damit in ein bedenkliches Währungschaos hineingeraten. Der Weg, der gezeigt werden kann, ist der stets von der Arbeiterbewegung gegangen.

Es ist ein zähes Ringen um Einzelforderungen.

Die bewußten Sozialisten in der Arbeiterbewegung können nur handeln mit den großen Massen und nicht losgelöst von den Massen. Auf konkrete Forderungen müssen wir uns bei unseren Kämpfen beschränken, wie es beispielsweise jetzt mit den zehn Forderungen des A. D. G. B. und des ADL-Bundes der Fall ist. Aus dem Verlauf dieses Kampfes werden wir ersehen, ob wir weiter gehen können und wie weit. Wir können und müssen verlangen, daß der Gewerkschaftsbund und die ADL ihre ganze Kraft und Macht für die Durchführung ihres Programms einsetzen.

Professor Lederer (Schlußwort): Ohne einen Blick auf die Weltwirtschaft ist eine Betrachtung unserer Lage in Deutschland nicht möglich. Gegen die Kur, den Goldstandard in Deutschland jetzt einzuführen, möchte ich einwenden, daß nicht

die Valutafrage die Schuld an unseren Verhältnissen trägt, sondern daß die Valuta nur eine Auswirkung der Verhältnisse ist. Ich begrüße die Ungebildeten, die fragen, was ist zu tun? Wir müssen uns klar werden, wo wir stehen. Der Auffassung, daß diese Krise die letzte ist, kann ich mich nicht anschließen. Sie wird nur dann die letzte sein, wenn die Arbeiterklasse sich in ihrem Maße bewußt ist, daß es die letzte Krise sein muß; Ihre Aufgabe ist es, dieses Bewußtsein zu stärken und an der Lösung im sozialistischen Sinne mitzuarbeiten.

Wit letzterer Einmütigkeit wurde eine Entschließung angenommen, die die von den Referenten Hisinger und Lederer vorgebrachten Gedankengänge zusammenfaßt und in der folgende Forderungen aufgestellt werden:

International bedarf es der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages:

1. durch Ermöglichung der Wiedergutmachung durch möglichste umfangreiche Umwandlung der Barleistungen in Sachleistungen.
2. durch Stabilisierung der Währungsverhältnisse,
3. durch Gewährung eines Zahlungsausschubs bis zur Erholung der deutschen Wirtschaft,
4. durch eine internationale Kredithilfe.

National ist notwendig:

1. die Sanierung des Staatshaushalts und die Stilllegung der Rotenpresse, deren Tätigkeit sich als eine scharfe indirekte Steuer auswirkt,
2. zur Aufbringung der Reparationslasten die Erlassung der Sachwerte, d. h. die Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln,
3. Ausbau der Sozialpolitik zur Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft.

Der Kongress stellt sich mit allem Nachdruck hinter die von den Vorständen des ADGB und der ADL aufgestellten 10 Punkte und fordert die Spitzenverbände an, mit allen Mitteln für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten.

Die Verwirklichung aller dieser Forderungen würde zwar die Lösung dieser Krise beschleunigen, aber selbst sie könnte die Wiederkehr von Krisen nicht verhindern. Nur eine planmäßige Organisation aller Wirtschaftskräfte durch die Gewerkschaft, wie sie der Sozialismus fordert, würde die Produktivkräfte der ganzen Welt nutzbar machen, eine Wiederkehr von Krisen vermeiden und erst die Voraussetzungen für eine gesicherte Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen gewährleisten.

Der zweite Verhandlungstag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 6. Dezember

Die Vormittagsstunde wurde ausgefüllt durch zwei Referate von Hue über „Eisen und Kohle“ und Dr. Einsteins über „Kapitalkonzentration und Sozialisierungsbemühungen“. Hies sprach über die Entwicklung der Eisenindustrie und des Bergbaues. Die inneren Ursachen des letzten Krieges drehten sich um die Erzgebiete. Das war der Fall im südafrikanischen Kriege, war auch die Ursache des Marokkokonfliktes und schließlich auch des Weltkrieges. Auch der Berliner Vertrag, der Oberösterreich, Lothringen und das Saargebiet von Deutschland trennt, ist zurückzuführen auf den Kampf um Erz- und Kohlengebiete. Wer Kohle und Eisen hat, hat den Staat an der Gurgel.

Dr. Einstein behandelte in seinem Referat vor allem die Kartellbildung und die horizontale und vertikale Konzentration. Das Bestreben der Unternehmer geht aus den verschiedensten Gründen, u. a. auch aus den Gründen der Steuerhinterziehung darauf aus, gleichzeitig Erzeuger und Abnehmer zu werden. Besonders eingehend behandelte er den Eisenkonzern und die A. E. G., die sich zu einer Kartellierung der Stinneskonzerne auszuwachen bestreben. Im Nachmittags entspinnt sich eine lange Diskussion, die sich im allgemeinen im Rahmen der beiden Referate hält. Vorzüge der Kommunisten prallen wirkungslos ab.

Preussischer Landtag

Der Preussische Landtag hat am Dienstag seine Beratungen wieder aufgenommen. In den Ausschüß überwiegen wird der Geldentwurf über den Ausbau von Wasserkräften der unteren Oder, ferner die Novelle zum Berggesetz von 1865, durch die § 101 Absatz 2 dahin geändert wird, daß die Zahl der gewerkschaftlichen Anteile (Akte) die regelmäßig 100 beträgt und bisher durch die Zahlung auf 1000 erhöht werden konnte, nunmehr auf 1000 oder auf ein Vielfaches von Tausend, höchstens jedoch auf 10 000, erhöht werden kann, ferner die Novelle zur Schiedsmannordnung, nach der die Geldstrafen für ausgediebene Parteien, sowie die Schreibgebühren erhöht werden.

Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung

Nach erfolgter Berichterstattung über die Vorberatungen durch den Abg. von der Osten ergriff der

Landwirtschaftsminister Wendorf das Wort: Er betrachtete es als eine seiner Hauptaufgaben, dahin zu wirken, daß die Landwirtschaft immer mehr in den Stand gesetzt werde, die deutsche Volksernährung von der Zukunft von Lebensmitteln aus dem Ausland unabhängig zu machen. Aber die Landwirtschaft müsse sich auch der Verantwortung bewußt sein, daß sie alle Kräfte einzusetzen habe, die Produktion zu steigern und die Preise nicht zu verteuern. Als weitere Hauptaufgabe bezeichnete er die Vermehrung der landwirtschaftlichen Kulturlände, die Kultivierung von Moor- und Oedland. Damit Hand in Hand müsse die Bodenverbesserung. In beiden Fällen werde es sich um große Kapitalanlagen handeln. Es sei aber merkwürdiges Kapital. Die in den Etat eingeschlagene Summe von 100 Millionen Mark sei sicher schon überholt. Seien die Schwierigkeiten auch groß, so sei doch zu bedenken, daß die Schwierigkeiten dazu da seien, überwunden zu werden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen müsse mit allen Kräften gefördert werden. Auch die Frage der Innenriedlung sei eingehender Untersuchung unterzogen worden. Auch dadurch werde fester der landwirtschaftliche Ertrag gehoben werden, denn er bringe eine vermehrte Siedlung von Arbeitskräften auf dem Lande.

Die Siedlungsfrage sei eine bevölkerungspolitische Frage allerersten Ranges.

Früher oder später werde man sicherlich mit einer Umsiedlung der Bevölkerung zu rechnen haben. Die in den Städten zusammengeballten Massen werden dort auf die Dauer nicht beibehalten werden können. Wenn es gegenwärtig anders scheint, so dürfte man nicht verkennen, daß die deutsche Industrie gegenwärtig künstlich aufgestützt sei. Ein Rückschlag könne nicht ausbleiben, wenn nicht Vorbehalte getroffen werde, müsse es zu schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens kommen. Er hoffe, daß noch heute der Landtag eine Zustimmung zu den Forderungen hinsichtlich des Landeskulturamts für die Provinz Schleswig-Holstein gebe. Auch für die Provinz Pommern sei ein solches Landeskulturamt notwendig. Besondere Bedeutung habe das Anwesenheitsgesetz auch für Oberschlesien. Was in seinen Kräften liege, solle geschehen, um diese Dinge schnellstens und bestens zu fördern. Die höchste Bitte habe das Siedlungswesen in Ostpreußen erreicht. Der Landtag möge ihm beihilflich sein, dieser für die deutsche Landwirtschaft lebenswichtigen Frage größte Förderung angedeihen zu lassen.

In der Debatte wurden nennenswerte Gesichtspunkte nicht herangezogen. Dem Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung sind schon die Beratungen aller Einzelgebiete des Landwirtschaftsministeriums vorausgegangen, so daß die einzelnen Parteien sich in ihrer Kritik und in ihren Anregungen in landwirtschaftlichen Fragen bereits ausgesprochen haben. Um 4 Uhr wurden eine ganze Reihe zurückgestellter Abstimmungen vorgenommen, woraus das Haus sich verzieht.

Wie eine Zigarette entsteht

Täglicher Zigarettenkonsum in Berlin 10 Millionen — Ein Besuch in einer Zigarettenfabrik — Eine schwere, gesundheitschädigende Arbeit

In Berlin werden täglich zehn Millionen Zigaretten geraucht. Zehn Millionen Zigaretten, das sind, einen Durchschnittspreis von 10 Pfennig angenommen, fünf Millionen Mark; oder, da eine Zigarette ungefähr ein Gramm wiegt, zweihundert Zentner, was dem Gewicht eines Waggons Kohlen entspricht. Wenn man diese zehn Millionen Zigaretten aneinanderreicht, so würde sich eine Strecke von rund sechshundert Kilometern ergeben, was ungefähr so weit ist, wie von Berlin nach Düsseldorf.

Es werden also täglich fünf Millionen Mark allein in Berlin im wahren Sinne des Wortes in die Luft verpufft. Es ist ganz einfach. Man geht in ein Geschäft, bezahlt, bekommt seine Zigaretten, zündet eine an, raucht ein paar Minuten und wirft den Rest weg. Wie sinnlos ist eben! Dieses kleine Beispiel ist nur eine Einzelheit jener vollständigen Mechanisierung unserer Zeit, die uns jenseits Ertragselasten, sozialer Gebrauchs- und Genuszmöglichkeiten bietet, von deren Herkunft und Entstehung wir nichts wissen. Damit wir fünf Ringeln die Annehmlichkeit des Rauchens empfinden können, müssen tausend Hände ineinandergreifen, müssen in der Türkei Bauern Tabak bauen, Seeleute ihn verfrachten, Arbeiter ihn verarbeiten, Kaufleute ihn vertrieben.

In der Hauptstadt unterscheidet man vier Sorten Tabak, der zur Herstellung von Zigaretten verwendet wird, ferner den asiatischen, teils aus Smyrna, teils aus Samarra, sowie den europäischen aus Zanti und Kawa. Das sind selbstverständlich nur die Hauptorte, in deren Umgebung die Pflanze gebaut wird; beispielsweise gibt es in der Umgegend von Zanti sieben tausend Dörfer, deren Bewohner sich mit Tabakbau befassen, und in jedem dieser Dörfer wird der Tabak ein wenig verschieden. Im Gegensatz zu den Pflanzen, die zu Zigaretten verarbeitet werden, ist bei den Zigarettenfabrikanten das oberste kleinste Blatt, das am meisten Sonne bekommen hat, am besten. Nach der Ernte werden die Blätter einzeln auf lange Schnüre gezogen, getrocknet und in Ballen verpackt.

In der Fabrik ist der wichtigste Mann der Tabakmeister, der die Mischungen zu bestimmen hat. Das ist ein großer Künstler, der, wenn er ein Blatt ansieht, sofort weiß, wie die Zigarette davon schmecken wird. Nur noch unter den Weinleuten gibt es ähnliche Fachleute. Die Mischungen werden in Boxen immer zu tausend Kilogramm hergestellt. Dorthin kommen die Blätter, die zunächst angefeuchtet und dann einzeln von den Schnüren gelöst werden. Dieses Lösen wird in der sogenannten Aufmacherei von Frauen vorgenommen, die durchschnittlich 4 Kilogramm in der Stunde verarbeiten.

Darauf werden die Blätter wieder angefeuchtet und von Maschinen in lange Fasern geschnitten. Diese Maschinen bestehen aus einem großen Kasten, in den die Blätter hineingeschüttet und dann über Rollen geleitet werden. Die Messer, die sie schneiden, sind dabei derart in Anspruch genommen, daß sie alle 10 Minuten gewechselt werden müssen. Auf diese Weise werden von jeder Maschine rund 4000 Kilogramm pro Tag verarbeitet. Trotz der angebrachten Staubfänger ist die Bedienung eine recht ungesunde Tätigkeit. Eine Wolke von Staub wird ständig herbeigerufen und legt sich auf die Lungen. Wer nicht davon gewöhnt ist, hat einen ständigen Hustenreiz, und auch die Gewohnheit vermindert nur wenig die gesundheitschädigenden Einwirkungen.

Noch schlimmer ist der Staub in dem nächsten Raum, wo die gesägerten Tabake aufgeschüttelt und in Kisten verpackt werden. Von hier kommen sie in das Kistenlager, aus dem sie in Kuffagen nach dem Maschinenpark befördert werden.

Es sind im allgemeinen zwei Systeme in Gebrauch, ein deutsches und amerikanisches. Die amerikanische Maschine arbeitet schneller, aber weniger sorgfältig als die deutsche, die daher meist für die besseren Qualitäten verwendet wird. Uebrigens macht nur eine einzige Fabrik in Deutschland Zigarettenmaschinen, die also ein vollendetes Monopol besitzt. Neuerdings hat diese Fabrik eine Maschine hergestellt, die angeblich die Vorteile des deutschen und amerikanischen Systems verbinden soll, aber sie ist noch nicht genügend erprobt, um diese Behauptung zu beweisen.

Der Gang der Fabrikation ist ungefähr folgender: Der Tabak wird oben hineingeschüttet und läuft dann über Rollen unter Magneten vorbei, die störende Fremdkörper entfernen. Anschließend wird er zu einem Strang gepreßt, der über ein schmales Band geht. Von unten läuft ein Streifen Papier in der gleichen Richtung, der mit derselben Maschine bedruckt und langsam über den Tabakstrang gerollt wird. Mit einem Plättchen wird der

Strang gefleht und unmittelbar darauf getrocknet. Er kommt dann unter zwei Messer, die ihn zu der fertigen Zigarette schneiden. Die amerikanische Maschine stellt pro Tag circa 120 000 Stück her, während es die deutsche nur auf 70—80 000 bringt. Der Unterschied ist im wesentlichen der, daß die deutsche Maschine nur ein Messer hat und der Strang nach dem Kleben durch Luft getrocknet wird, woraus sich notwendigerweise ein langsamerer Gang ergibt. Der Goldbelag läuft über eine besondere Walze derselben Maschine, wird von einem Messer in der erforderlichen Größe zurechtgeschnitten und mit Klebstoff befeuchtet, bis er mit dem Papier zusammenrückt. Die Bedruckung erfolgt zweimal. Zunächst erhält das Papier die blaue Aufschrift, sodann die goldene, die mit Bronzefarbe über ein vorgedrucktes Rot gelegt wird.

Anderer ist die Herstellung der Zigaretten mit Mundstück, von denen freilich nur eine vergleichsweise unbedeutende Anzahl gefertigt wird, da das Publikum die flachen Zigaretten, die erziehbiger und vergleichsweise billiger sind, vorzieht. Die Mundstückzigaretten werden in zwei Maschinen gefertigt. In der ersten macht man die Hüllen, die aus feinem Papier in der Form einer Spirale hergestellt werden, damit der Tabak nicht herausfallen kann. Dahin gerollt wird das Mundstückpapier, das bekanntlich aus dünnerem Papier besteht. Die fertigen Hüllen kommen in die Stopfmachine, wo sie längs über eine Trommel laufen, in die von der Seite der Tabakstrang kommt, der räumlich passend zugeschnitten wird.

Die nunmehr fertigen Zigaretten kommen in Ständern, nachdem sie, wie vorher der Tabak, eine Kontrolle durchlaufen haben, wo das Gewicht geprüft wird, nach der Packerei. Hier sieht eine große Zahl von Frauen, die damit beschäftigt ist, die Zigaretten in die Schachteln zu verpacken. Es ist eine fürchterliche, mechanische Arbeit, die gleichwohl dabei die höchste Aufmerksamkeit erfordert. Die Arbeit wird im Afford gemacht, und die Durchschnittsleistung beträgt 15 000 Zigaretten pro Tag, je einige sollen sogar noch mehr verpacken können.

In der Bandrollerei werden die gefüllten Kästen mit der Steuerbandrolle in einer Maschine befeuchtet. Und damit ist der Produktionsgang dieses wichtigen Massenartikels abgeschlossen.

Wie man sieht, ist es ein weiter Weg von den Tabakbauern im Orient bis zu den Zigarettenfabriken, die sich an jeder Straßenecke in den Städten Europas befinden. Und dazwischen liegt die harte Arbeit schaffender Proletarier, die in diesem Falle mit ihrer Arbeitskraft auch einen Teil ihrer Gesundheit verpfänden müssen. Die 100 Zigaretten, die jeder Arbeiter und Angestellte täglich erhält, sind ein gutes Mittel, um Unierschleife zu verhindern, die schweren Gesundheitschädigungen werden dadurch leider nicht behoben.

Alle Raucher werden mit Schreden hören, daß die Verteuerung der Zigaretten noch nicht abgeschlossen ist. Die neuen Steuern treffen mit der allgemeinen Preissteigerung zusammen, um diesen Massentonsummarittel mit größerer Schwere in die Ausgabenbudgets fallen zu lassen.

Noch im April gab es Zigaretten zu 25 Pf. und solche ohne Mundstück zu 30 Pf. Im Oktober kam dann die erste Steuererhöhung, die die Preise auf 30 bzw. 40 Pf. erhöhte. Nach der neuesten Steuer gehören auch diese Preise der Vergangenheit an, und die geringen Bestände der Kleinverlänger müssen schon nach den veränderten Notierungen aufgefüllt werden.

Nach der Preisliste einer großen Berliner Zigarettenfabrik kostet nunmehr die billigste Marke mit Höhlmundstück 40 Pf., die billigste ohne Mundstück 60 Pf. Das ist eine Marke, die im Frieden 2 Pf. gekostet hat, so daß also eine Verteuerung um das Dreifache vorliegt. Die Standard-Zigarette des Friedens zu 5 Pf. wird jetzt 1 M. kosten. Die Steuern sind allerdings sehr hoch. Sie betragen bei einer 40-Pf.-Zigarette für 1000 Stück 200 M., bei einer 50-Pf.-Zigarette 250 M., bei 60 Pf. 300 M. und steigen dann erst bei 1,50 M. auf 600 M. pro Tausend.

Diese Staffelung, die die bessere Mittelklasse verhältnismäßig wenig berührt, muß als recht unangebracht erscheinen. Die Zigarette, die infolge der unerschwinglichen Zigarettenpreise heute viel mehr geraucht wird als früher, ist längst zu einem Massenartikel geworden, der nicht einfach als Luxus bezeichnet werden darf.

Erholungsheime für Minderbemittelte

Eine begrüßenswerte Gründung

In Anwesenheit mehrerer Stadträte und Stadtverordneten fand am Montag abend im Berliner Rathaus die Gründung eines weite Kreise lebhaft berührenden Unternehmens statt. Es sollen in der jetzigen Zeit steigender Not, unerschwinglicher Preise und Reisekosten allen Schichten der Erholungsbedürftigen die Möglichkeit geboten werden, in „deutschen Volkserholungsheimen“ zu verhältnismäßig niedrigen Preisen Wohnung und Verpflegung im Gebirge oder an der See zu nehmen. Für dieses begrüßenswerte Unternehmen wurde eine Genossenschaft begründet, in die alle die aufgenommen werden können, die nicht über die Mittel zur Bestreitung der hohen Pensionspreise in Baden verfügen usw. In den Vorstand wurden gewählt: Direktor Kleinau von den Stadt. Erholungsheimen, Berlin C 2, Poststr. 10-11 und Baumeister Otto Koch, Berlin. Der Aufsichtsrat setzt sich aus Vertretern verschiedener Berufe zusammen. Den Vorsitz führt Kaufmann Dr. Kaufmann.

Die Gründung, über die wir mit den vorstehenden Ausführungen berichtet, steht in personellem Zusammenhang mit der Gründung der städtischen Erholungsheim-G.m.b.H., die schon seit einiger Zeit zwei Erholungsheime für städtische Arbeiter, Angestellte und Beamte unterhält. Diese Gesellschaft hat ein Heim an der See und eines in Alexisbad am Harz erworben, die schon viel Nutzen gebracht haben. Auch im Winter sind die Heime besetzt, so befinden sich zum Beispiel in Alexisbad am Harz gegenwärtig 40 Kinder aus Lichtenberg zur Erholung. Von unabhängiger Seite gehört dieser Gesellschaft für städtische Erholungsheime der Genosse Bürgermeister Wißlich an.

Die neue Gründung, die zum Teil von denselben Personen ausgeht, ist eine private Genossenschaft, die daselbe, was den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten geboten wird, in größerem Umfange für die minderbemittelte Bevölkerung Berlins überhaupt darzubieten strebt. Es wird beabsichtigt, nach und nach eine ganze Reihe von Erholungsheimen zu erwerben und so billig zu bewirtschaften, daß der minderbemittelten Bevölkerung zu erträglichen Preisen eine Stätte der Erholung geboten werden kann.

Mietpreiserhöhung bis 90 Prozent!

Vorschläge des städtischen Ausschusses

Der städtische Ausschuss für das Wohnungs- wesen hat nach Anhörung des fachverständigen Beirates mit Neben gegen fünf parlamentarische Stimmen beschlossen, dem Berliner Magistrat für Wohnungen einen Höchstmietenzuschlag auf die Friedensmieten bis 90 v. H. vorzuschlagen. Für gewerbliche und Bureauräume soll der Höchstzuschlag bis 120 v. H. betragen, wenn der Mietzins vom 1. Juni 1914 jährlich mehr als 800 M., aber nicht mehr als 2400 M. betragen hat. Für gewerbliche Räume mit höherer Friedensmiete hat der Wohnungsausschuss einen Höchstzuschlag bis zu 150 v. H. vorgeschlagen. Der Magistrat wird sich in seiner morgigen Sitzung mit den Vorschlägen beschäftigen.

Die Vorschläge zur Friedensmiete regeln nach den bisher geltenden Bestimmungen die Stadtgemeinden für ihren Bereich. Trotz der unmittelbar bevorstehenden Neuregelung des Mietzuschusses durch Reichsgesetz haben es die Hausbesitzer und ihre Interessensvertretung, die bürgerlichen Parteien, in Berlin durchgesetzt, daß dem Magistrat und den Stadtverordneten eine gewaltige Erhöhung der Mietzuschläge vorgeschlagen werden soll. Wenn auch ein kleiner Teil der Hausbesitzer unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hat, so ist doch sicher, daß für die Gesamtheit der minderbemittelten Bevölkerung diese Maßnahme eine neue unerträgliche Mehrbelastung bedeuten würde.

Ein neuer Hungerstreik in Moskau. Der Redakteur Heinrich Waidl, welcher sich seit längerer Zeit wegen des Verdachts des Landesverrats durch Verhaftung amüßiger Affen in Untersuchungshaft befindet, ist seit einer Woche angeblich gegen den Rat seines Verteidigers, Justizrat Dr. Broß, in den Hungerstreik getreten, da er in diesem Verdacht, ferner in seiner

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Herk. Copyright 1921 by Grellstein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(16. Fortsetzung.)

Réal ging zum Spiegel und vertiefte sich in sein Bild. Teufel nochmal, die Teilung in seinem Haar war verdorrt dreit geworden. Aber sein Bart war wirklich gut gepflegt, Nase und Mund hatten noch nicht gelitten. Er entblöhte seine Zähne. Sie waren gesund und standen gerade in Reihe und Glied. Er prüfte die Zunge. Nicht übel, von gesundem Rot. Alles in allem, ein bißchen, aber nicht übermäßig verbraucht.

Endlich trat er vom Spiegel fort und brummte: „Sie ist wirklich nicht bei Trost, die gute Melanie. Wenn es die Spur einer Möglichkeit zwischen dieser Kleinen und mir gäbe, hätte sie kein besseres Mittel finden können, uns einander nahe zu bringen.“

Er stotterte: „Schließlich, an der Hand habe ich sie wirklich gehalten.“ Dann nach einer Weile: „Schließlich, sie ist wirklich sehr hübsch.“

10

Die nahe Wendung.

Frau Caravère war krank. Eine leichte Grippe. Ihr Bruder kam gegen fünf Uhr, sich nach ihr zu erkundigen.

In der Nähe des Invalidendoms hatte sie eine Wohnung inne, die einen fast asketisch düsteren Eindruck machte. Seit dem Tode ihres Gatten und ihres Sohnes lebte sie wie eine Klosterfrau nur ihren Erinnerungen. Die Zimmer sollten ganz unverändert bleiben. Sie hielt sie mit fast religiöser Sorgsamkeit selbst instand.

Réal war überroßt, Besuch zu finden. Yvonne war gleichfalls auf den Gedanken verfallen, die einsame Kranke zu besuchen. Es war ihm angenehm, das junge Mädchen anderswo als im gewohnten Arbeitszimmer zu treffen. In der General-Foy-Straße blieben sie, bei aller Herzlichkeit ihrer Beziehungen, Arbeitgeber und Angestellte. Hier, wo sie zu Besuch wollten, standen sie auf derselben gesellschaftlichen Stufe. Sie konnten wie Kameraden, wie Freunde verkehren.

„Nun, Jacques,“ scherzte Frau Caravère, „hätte ich recht, dir Fräulein Vidal zu empfehlen?“

Hier durfte er sich über seine Mitarbeiterin so warm äußern, wie er zu ihr niemals hätte sprechen dürfen. Und sie durfte ihn anhören.

„Das freut mich,“ sagte Frau Caravère. „Es gefällt ihr ja auch recht gut bei dir. Nicht wahr, mein Kind? Du bist so nett zu ihr. Und die Kleine verehrt dich so sehr...“

„Aber, gnädige Frau,“ bettelte Yvonne. „Nein, nein, ich muß noch etwas sagen. Mir scheint, du beunruhigst sie bisweilen mit deinen Ideen. Sie hat mir soeben davon erzählt.“

Alle drei lächelten behaglich. Sie fühlten sich einander zugehörig.

„Weißt du,“ rechtfertigte sich Réal, „der Morgen ist der ergiebigste Teil meines Tages. Der Rest...“

Mit bekümmertem Miene brach er ab.

„Was quält dich denn?“ fragte seine Schwester. „Je nun, ich muß gehen, ich habe Sorgen.“

„Deine Theaterangelegenheiten?“

„Die kümmern mich wenig... Kleine Mißverständnisse bei mir zu Hause.“

„Selbstverständlich. Nur ist sie wie die meisten Franzosen, die alle sehr wackere Leute sind, aber nur für den Augenblick leben und nicht weiter sehen als bis zu ihrer Kassenpfe.“

„Glauben Sie, daß dies eine Besonderheit der Franzosen ist?“ fragte Yvonne.

„Das nun eben nicht. In Frankreich wie überall bereitet sich die große Wendung vor.“

Frau Caravère fragte ihn, was er unter der großen Wendung verstehe.

„Die Menschen,“ erläuterte er, „haben zu große Opfer bringen müssen und seit dem Waffenstillstand sind sie erst recht unglücklich. Jetzt beginnen sie, wenn ich nicht irre, nach dem Wert der großen Ideen zu fragen, in deren Namen man ihnen ihre Leiden auferlegt hat. Das wird nicht leicht auch solche ergreifen, die gestern noch sehr vernünftig waren. Besonders unter der Jugend, die den Krieg mitgemacht hat, sehe ich die Bewegung um sich greifen. Sie wird sich ausbreiten, sie wird ungeheurer werden. Wir werden es bald erleben.“

Frau Caravère beharrte: „Welche Bewegung? Welche Fragen?“

„Ein Drängen nach Wahrheit. Das Bedürfnis, nicht mehr betrogen zu werden. Und die Fragen nach dem Begriff Krieg, nach dem Begriff Vaterland, nach der Beziehung zwischen den beiden Begriffen...“

„Sie wollen sagen,“ meinte Yvonne, „daß wir in Europa eine Wendung in der Auffassung der Vaterlandsliebe erleben werden?“

„Sicherlich.“

Das junge Mädchen drückte Zweifel aus.

„Real, der eine gewisse Gereiztheit an ihr wahrgenommen hatte, neigte sie gutmütig.“

„Oho, Fräulein Yvonne! Sie halten mich wohl auch für einen Staatsverbrecher? Wenn jemand das Wort Vaterland anders als in Anbetung auszusprechen wagt, ziehen sich alle klugen Leute sofort zurück und lehnen jede Auseinandersetzung ab, wie Menschen, die sich vertrieben, Türen und Fensterladen verschließen, um keinen Lichtstrahl eindringen zu lassen und ja nichts zu sehen.“

Sie wich seinem Spott aus.

„Es ist sehr freundlich, daß Sie mich mit Leuten vergleichen, die Sie offensichtlich für Dummköpfe halten. Ich glaube nämlich auch, daß der Begriff Vaterland von jeder Auseinandersetzung ausgenommen bleiben müßte. Ich weiß nicht, welche klugen Leute Sie eben gemeint haben. Was ich aber genau weiß, das ist, daß mir das Vaterland einen Bruder genommen hat, den ich innig geliebt habe. Nun, wenn eine Idee stark genug ist, um solcher Opfer würdig zu sein, wird es Ihnen schwer fallen... Diese Idee wird sich durch Reden schwer erschüttern lassen.“

Réal wunderte sich über die Unbeirrbarkeit eines so schwer geprüften Herzens. Er wollte die Empfindlichkeit des jungen Mädchens schonen.

„Ich denke nicht daran, mein Kind, Sie auch nur mit einem Worte kränken zu wollen. Sie haben viel gelitten, und Ihr Schmerz ist heilig. Aber man kann sich fragen, worin die beiden Vaterländer, das französische und das deutsche, geschädigt worden wären, wenn die Soldaten aus beiden Seiten die Schlacht verhindert hätten, statt wie die Irrsinnigen aufeinander loszufürmen. Das ist die Frage.“

Sie verzette:

„Sie wollten wirklich, daß die beiden Heere aus Ueberläufern bestanden hätten? Ich weiß nicht, ob das der einen oder der anderen Seite großen Nutzen gebracht hätte, aber, seien Sie überzeugt, die Ehre der beiden Völker wäre nicht eben gewachsen...“

Réal bedauerte er aus:

„Sie sprechen genau wie die anderen.“

„Vielen Dank.“ (Fortsetzung folgt.)

Verhaftung und der Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beleidigung des Prinzen Reuß ein ihm widerfahrenes Unrecht erblickt, durch das seine Existenz vernichtet worden sei.

Freie Arztwahl und Familienversicherung

Der Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hielt eine Ausschussung ab, in der von verschiedenen Seiten sehr heftig über die Behandlung geklagt wurde, welche die Kranken durch die Kassennärzte erfahren. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Hoffnungen, die von verschiedenen Seiten auf die Einführung der freien Arztwahl gesetzt worden sind, sich in keiner Weise erfüllen.

Die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nahmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß die seit Mai dieses Jahres mit dem Wirtschaftlichen Verband der Ärzte wegen Einführung der Familienbehandlung geführten Verhandlungen gescheitert sind. Da es der Ausschuss für ausgeschlossen hält, über diejenigen Honorarfrage hinauszugehen, welche die Kassenträger den Ärzten zuletzt angeboten haben, beauftragte der Ausschuss einstimmig den Kassenvorstand, Vorkehrungen dafür zu treffen, die in kürzester Frist den nichtversicherungs-pflichtigen Familienmitgliedern als Ersatz für freie ärztliche Behandlung auf Rechnung der Krankenkasse in den hiesigen Krankenhäusern und den Heilstätten Kur und Verpflegung gewährt wird.

Nord am Engellufer

Eine Frau in den Landwehrkanal geworfen

Eine ungemöhnliche Mordmeldung rief in der Nacht zu Dienstag den Bereitschaftsdienst der Kriminalpolizei nach dem Engellufer. Dort waren plötzlich gellende Hilferufe einer Frau erklingt. Passanten, die die Schreie aus dem Kanal heraus hörten und dann eine Frau vor dem Grundstück Nr. 8 im Wasser liegen sahen, benachrichtigten die Polizei und die Feuerwehr. Dieser gelang es mit vieler Mühe, die Frau aus dem an jener Stelle eisfreiem Wasser zu bergen. Die Samariter und ein Arzt machten auch sofort Wiederbelebungsversuche, die aber keinen Erfolg mehr hatten. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Mitteilungen aus dem Publikum behaupteten, daß ein Mann die unbekannte Frau über das an dieser Stelle niedrige Gelande in den Kanal geworfen habe und dann unter der Vorpiegelung, einen Rettungsplan holen zu wollen, davon gelaufen sei. Ermittlungen ergaben, daß schon am Nachmittage am Engellufer ein Paar aufgefallen war, das sich heftig stritt. Nach der Betretung eines Eisenbahnüberganges hat der Mann seine Begleiterin über das niedrige Gelande und die Böschung in den Kanal geworfen. Eine Besichtigung der Uferstelle ergab, daß es leicht möglich ist, eine ahnungslose Person hier ins Wasser zu stoßen oder zu werfen. Die Entretene scheint eine Marie K. h. e. l. e. i. n. zu sein. Von dem Mann, der sie ins Wasser geworfen haben soll, fehlt jede Spur.

Geständnis des Mörders Tiele

Nach sechs Tage langem Leugnen hat der Mörder des Ingenieurs Halenzahl aus der Meyer Straße 14, der Kaufmann Tiele, endlich ein Geständnis abgelegt, nachdem sich, wie wir mitteilen, die Frau des Ermordeten bereits Montag zu einem Geständnis bequemt hatte. Tiele gab zu Protokoll, daß Halenzahl, der amiert nach Hause gekommen sei, mit ihm in Streit geraten sei. Dabei habe Halenzahl den auf dem Tisch liegenden Revolver tiefes genommen, auf ihn gezielt, einen Schuß abgegeben, die Waffe dann wieder fortgeworfen und sei dann zur Tür hinausgeeilt. Kurze Zeit später sei Halenzahl in Begleitung seiner Frau wieder erschienen und habe ihn des Mordes schuldig beschuldigt. Gleichzeitig sei er mit einem Messer auf ihn losgegangen. Darüber sei er, Tiele, in solche Erregung geraten, daß er seinen Revolver zog und Halenzahl niederschlug. Erst dann habe er ihm den Knebel mit großer Gewalt tief in die Kehle gesteckt, weil er das Köcheln des Sterbenden nicht hören konnte. Die Leiche will er allein in einen Sack und dann in den Korb gesteckt haben, um sie so fortzuschaffen.

Der beleidigte Brunner

Eine Beleidigungssklage des Professors Brunner beschloß gestern die 11. Strafkammer des Landgerichts I. Der angeklagte Redakteur Felix Wolff hatte in einer hiesigen Wochenchrift einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift "Endlich ein Strafverfahren gegen Professor Brunner". In diesem Artikel hatte der angeklagte Redakteur sich gegen Professor Brunner, "hinter Eisen" als literarischer Beitrag des Polizeipräsidiums gewandt, der "an Wahnhalt grenze". Der Minister für Volkswohlfahrt hatte daraufhin Strafantrag gestellt. Vor Gericht beantragte Rechtsanwalt Dr. Frey die Einstellung des Verfahrens, da Professor Brunner nicht in seiner Eigenschaft als Beamter des Polizeipräsidiums, sondern nur wegen seiner Tätigkeit beim Polizeipräsidium angeklagt sei. Das Gericht folgte den Ausführungen, daß der Minister für Volkswohlfahrt nicht zuständig sei und erkannte auf Einstellung des Verfahrens auf Kosten der Staatskasse.

Eine Erwerbslosenversammlung tagte gestern im Rathaus Neuhof von 12 Uhr bis 12 Uhr. Von der Polizei war ein Schutzkommando in Stärke von 30 Beamten entsandt worden. Die Versammlung verlief jedoch vollkommen ruhig. Nach Schluß der Versammlung bewegten sich die Versammlungsteilnehmer der Bergmann- und Berliner Straße zu. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Kraußüberfall in der Wohnung. Gestern mittag gegen 12 Uhr erschienen vor der Wohnung der Frau Bertha Klepzig, Jablońskastraße 9, drei jüngere Leute und verlangten unter Vorzeigung einer Erkennungsmarke der Kriminalpolizei und eines grünen Ausweises Einlass in die Wohnung. Hier fielen sie über Frau Klepzig her, rissen ihr die Kleider vom Leibe und raффten weitere Kleidungsstücke zusammen. Es gelang der sich verzweifelt wehrenden Frau K., ihren Angreifer abzukütteln und laut um Hilfe zu rufen, worauf die Räuber die Flucht ergriffen. Auf der Straße wurden sie von einer Streife der Schutzpolizei verfolgt und verhaftet.

Gefährliche Spiele. Wie uns von Bewohnern des Hauses Neue Bahnhofstr. 5 in Stralau-Kummelsburg mitgeteilt wird, bevorzugen die Kinder des Schuppmachemeisters Herzberg gefährliche Spiele, die für das ganze Haus eine ständige Quelle der Beunruhigung sind. Nachdem sie erst kürzlich die Gardinen in Brand gesteckt hatten, machten sie sich gestern über die österrischen Patronen her, wobei eines der Kinder eine ernste Verletzung der Hand davontrug. Es handelt sich um sechs Kinder, von denen das jüngste ein halbes Jahr, das älteste 15 Jahre alt ist.

Gewerkschaftliches

Ein verschärftes Streifreglement

Der A. D. G. B. zum "Geheimzirkular"

Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns zu der auch von uns wiedergegebenen Veröffentlichung der "Roten Fahne" geschrieben: Die "Rote Fahne" veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom 6. Dezember ein "Geheimzirkular des A. D. G. B.". Dieses angebliche Geheimzirkular handelt von Vereinbarungen gegen wilde Streiks. Die "Rote Fahne" erblickt darin schon einen "Erfolg für die Schlichtungsordnung", mit dessen Hilfe "jeder Kampf abgewirgt" werden soll. Daran schließen sich dann Bemerkungen, wie sie eben bei der "Roten Fahne" üblich sind.

Die ganze Sache ist mit wenigen Worten erklärt. Das "Geheimzirkular" ist weiter nichts als eins der vielen Rundschreiben des Vorstandes vom A. D. G. B. an die Gewerkschaftsvorstände, und diese "Vereinbarungen" sind nur ein Entwurf, der auf der zum 13. Dezember einberufenen Bundesauschussung zur Beratung steht. Nachdem der Entwurf dort keine endgültige Form erhalten hat, wäre er ohnehin veröffentlicht worden.

Wenn die "Rote Fahne" bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern vorwirft, daß sie durch ihr Vorgehen bei Lohnbewegungen erst "die Stimmung für die wilden Streiks erzeugt" haben sollen, so läßt sich dies am besten widerlegen durch einen Satz aus einem wirklichen Geheimzirkular der Gewerkschaftsabteilung in der Zentrale der A. D. G. B. vom 1. Oktober 1921. Darin heißt es:

"Wir müssen den Arbeitern klar machen, daß sie um ihre Forderungen mit weit mehr Aussicht auf Erfolg kämpfen, wenn die Arbeiterschaft einer ganzen Stadt, eines ganzen Industriezweiges, eines ganzen Bezirkes, ja schließlich die Arbeiterschaft des ganzen Reiches einheitlich in Aktion tritt."

Dieses Bestreben, aus der kleinste Lohnbewegung eine "große Aktion" zu machen, und die daraus schon entstandenen wilden Streiks zeigen, daß nach diesem Grundsatze verfahren wird. Für die unangenehmen Folgen, unter denen große Teile der Arbeiterschaft zu leiden haben, können diese sich bei der Gewerkschaftsabteilung der A. D. G. B. bedanken. Aufgabe der Gewerkschaften ist es aber, sich gegen ein solches unverantwortliches Treiben mit allen Kräften zu wehren.

Zum Streik der Stellmacher in den Innungsbetrieben

Seit Wochen bemüht sich der Holzarbeiter-Verein, auch mit den Stellmacher-Innungsgemeinschaften tarifliche Lohnregelungen zu treffen, die den Löhnen der Kollegen gleichkommen, welche in der Karosseriebranche arbeiten. Da Löhne von 6 Mk. und darunter keine Seltenheit sind, trat die Organisation an den Innungsvorstand heran, um eine Aufbesserung durchzusetzen. Derselbe ließ sich durch die Verhandlungskommission auch überzeugen, daß die Löhne absolut nicht mehr zeigemäßig seien, und wollte auch auf der Grundlage des Karosserievertrages eine Vereinbarung abschließen, doch lehnte die Meisterversammlung diese Vereinbarung ab.

Nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, beschloß eine am 4. Dezember vom Verband einberufene Mitgliederversammlung, in jeder Werkstatt die Vereinbarung zur Unterschrift vorzulegen und, wo die Unterschrift verweigert wird, ist die Arbeit einzustellen und haben sich die Kollegen sofort auf dem Arbeitsnachweis einschreiben zu lassen. In der Karosseriebranche werden Arbeitskräfte benötigt und Löhne von 14 bis 16 Mk. gezahlt, so daß sich die Kollegen nur verbessern können. In den Werkstätten, in denen die Kollegen die Vereinbarungen noch nicht vorgelegt haben, hat dies sofort zu geschehen. Vereinbarungen sind vom Bureau abzuholen. Alle Stellmachereien, die die Unterschriften verweigern, gelten als gesperrt. Die Branchenleitung.

Forderungen in der Chirurgiebranche

Am 3. Dezember 1921 tagte in der Schulaula Weinmeisterstraße eine hartbedachte Versammlung der Chirurgischen Branche. Der Branchenleiter Ruppich gab Bericht von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für Chirurgie-Mechanik. Er teilte mit, daß auf Seiten der Arbeitgeber keine 14. Verhandnis für die Notlage der Arbeiterschaft vorhanden ist. Herr Dewitt, der Vorsitzende der Arbeitgeberorganisation, erklärte, die Arbeitgeber können ihre Betriebe nicht ruinieren lassen. Man hat angefangen der so enorm gestiegenen Lebensmittelpreise für Arbeiter über 18 Jahre eine Stundenlohnlage von 1,75 Mk. für Frauen 1 Mk. für Jugendliche 0,50 Mk. In der Diskussion erklärten sämtliche Redner, dies Angebot sei glatte Verhöhnung der Arbeiterschaft. In dieser Industrie handelt es sich um Produkte, deren Preise den Weltmarktpreisen durchaus angepaßt sind und den Arbeitgeber reichlichen Profit abwerfen. Die Arbeitgeber sollen sich aber keiner Täuschung hingeben, wenn auch Weihnachten vor der Tür steht; die Arbeiterschaft ist zum Kampf entschlossen, wenn ihren berechtigten Forderungen nicht Genüge getan wird.

In einer angenommenen Entschliessung wird erklärt, daß die Löhne in keinem Verhältnis zur jetzigen Teuerung stehen. An den gestellten Forderungen wird festgehalten. Der Branchenleitung wurde das Vertrauen ausgesprochen und mit der Einleitung neuer Verhandlungen betraut. Wenn nicht in letzter Minute ein Entgegenkommen von Seiten der Arbeitgeber eintritt, ist in dieser Woche mit dem Einsetzen des Kampfes in der Chirurgie-Mechanik zu rechnen.

Streik in der Defabrik M. & W. Müller

Uns wird geschrieben: Die in der Nordhäuser Kornbrandweizenbrennerei, Spirit- und Likörfabrik der Fa. M. u. W. Müller, Berlin S 42, Sudower Str. 7-8, beschäftigten Arbeitnehmer sind in den Streik getreten. Die Firma lehnt es ab, den vom Schlichtungsausschuss von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern einstimmig gefällten Schiedspruch, so wie auch die Vertretung ihrer Organisation als solche, anzuerkennen.

Der Schiedspruch sieht an Löhnen für gelernte Arbeitnehmer die Woche 445 Mark, für ungelernete 435 Mark und für Frauen 340 Mark vor. Die Firma erklärt, derartige Löhne nicht zahlen zu können. Zur Zeit werden noch bedeutend niedrigere als wie

die vorgesehenen Löhne gezahlt. In der Begründung des Schiedspruches wird darauf hingewiesen, daß die Einführung des Reichsmanteltarifrates als notwendig erscheint, da er im Garungsgewerbe übermäßig Bedeutung erlangt hat. Die Lohnhöhung ist im Hinblick auf die zurzeit bestehenden Teuerungsverhältnisse erforderlich und angemessen. Der Firmenvertreter erklärte, lieber den Betrieb einzustellen als wenn er jetzt geschlossen würde, durch die Stilllegung Steinbrennen zu gehen, als daß er den Löhnenbruch anerkenne. Die Firma kommt als einzige Hefefabrik in Berlin in Frage. Es besteht ein Konkurs hier in Berlin, Chausseestraße 42, an das die Hefe abgeliefert werden muß. Unsere Kollegen im übrigen Deutschen Reich (hier kommt hauptsächlich Norddeutschland in Betracht) werden gebeten, alles zu unterbinden, wenn sie aufgefordert würden, Hefe nach Berlin zu liefern, bis der Streik endgültig beigelegt ist.

Wir wollen ausdrücklich bemerken, daß alle übrigen Betriebe in Deutschland in ein Tarifverhältnis mit der unterzeichneten Organisation stehen. Alle Anträge wegen dieses Streiks sind an die Ortsverwaltung des Brauereis- und Mühlenarbeiterverbandes, Berlin C 64, Muldenstraße 101, zu richten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck einer Notiz gebeten. Die Ortsverwaltung.

Graphische Hilfsarbeiter

Wir erteilen die Mitgliedschaft des Verbandes der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Berliner Ortsverwaltung auf das heutige Inserat, in der der Einfindungstermin für die Ausrechterhaltung der Mitgliedschaft bis Freitag, den 9. Dezember, verlängert wurde. Alles weitere erfährt der Leser aus dem Text des Inserats.

Antitartarifliche Lohnzulagen für Mineralwasserarbeiter.

Infolge der sprunghaften Besserung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikel sind dem Verband Berliner Mineralwasserfabrikanten neue Lohnforderungen für die Arbeiter, Arbeiterinnen und Auslöcher eingereicht worden.

Die Arbeitgeber erklärten sich bereit über eine antitartarifliche Lohnzulage zu verhandeln. Der Vorschlag der Arbeitgeber, auf alle Löhne einen Zuschlag von 50 Mk. pro Woche zu bewilligen, wurde von der Lohnkommission als zu gering einmütig abgelehnt. Nach weiteren Verhandlungen wurden für alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen 100 Mk. und für die Jugendlichen 75 Mk. pro Woche vom 1. Dezember 1921 ab zugestanden. In einer Versammlung des Transportarbeiterverbandes, in der L. u. b. e. n. o. w. berichte, wurde das für und Wider sehr eingehend erörtert und die nicht günstige Lage des Gewerbes im allgemeinen, ausnahmsweise anzunehmen. Die Organisation wurde beauftragt, dem Arbeitgeberverband von der Annahme ihrer Vorschläge Kenntnis zu geben. Mit dieser antitartariflichen Lohnzulage ist, überdies auch nur für eine ganz kurze Zeit, das Lohnverhältnis im Gewerbe geregelt. Gedruckte Exemplare über die Lohnhöhe sind im Verbandsbüro, Engellufer 24-25, Zimmer 38, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums (Gesetzzeichen IV D. 800/28 ist der am 14. 9. 1921 abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrag für die Kurz-, Galanterie- und Spielzeugbranche mit Wirkung vom 1. September ab für allgemein verbindlich erklärt worden.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg
Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, Zentrals-Handbissung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9. Erscheinen aller notwendig.

Klavierarbeiter. Die Versammlung der Betriebsräte und Betriebsleute findet nicht Mittwoch, sondern am Donnerstag den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147, statt. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen mit dem Reichsverband. Die Branchenleitung.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg
Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, Zentrals-Handbissung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9. Erscheinen aller notwendig.

Schönenberg-Friedens. Die Sammelkassen für die Weihnachtshilfe müssen am Sonntag, den 10. Dezember, beim Kassieren Dietrich, Fehlfeld Str. 27, abgegeben werden. Mithilfe muß von den Beitragszahlern die Kasse der Teilnehmer an der Weihnachtshilfe abgegeben werden.

Pressekommission

Heute, Mittwoch, 17 Uhr, wichtige Sitzung, Geschäftsführender Ausschuss eine Stunde länger.

Mittwoch, 7. Dezember

1. Verwalterbesitz (Wilmersdorf, Schwanenpark, Grunewald). Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Finkenrainer-Waldhaus. Referent: Genosse Crippien.
2. Verwalterbesitz (M. d. Oberhiesmühle). Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Frau, Finkenrainerstr. 2. Wichtige Tagesordnung.
3. Verwalterbesitz (Hälensee, Köpenickersee). Abends 7 1/2 Uhr wichtige Funktionärskonferenz des Komitees, Finkenrainerstr. 2.

Donnerstag, 8. Dezember.

4. Verwalterbesitz, 11, 12, 13, 14. Militär. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Kassenversammlung in der Schulaula Gendelbergstr. 6. Vortrag des Genossen Kellermann über Wahlkampfrichtiges. Das Erscheinen aller in der Wahlkampfrichtiges ist unbedingt notwendig.
5. Verwalterbesitz, 15, 16, 17. Militär (Friedrichshagen und Stralau). Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Kassenversammlung in der Schulaula Gendelbergstr. 6.
6. Verwalterbesitz (Weihenitz, Hohrathshausen). Abends 7 Uhr Sitzung der Kommunale Kommission im Grünen Baum, Berliner Höhe. Politischer Vortrag des Genossen Kellermann. Die Bildungskommission tagt abends 8 Uhr beim Genossen Dietrich, Fehlfeld Str. 27.

Vereinskalender

Mittwoch, 7. Dezember

- Verband Volkswohlfahrt (Crisse, Berlin). Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Kula der Sophiensäule, Weimerviertel, 16-17. Thema: Warum gibt es so viele Kranke? Referent: Verbandsvorstandsherr Gen. Wolf aus Dresden-Deuben. Freie Aussprache. Eintritt 1 Mk.
- Verband der Gemeinde- und Staatsbediensteten. Abends 6 1/2 Uhr Kassenversammlung bei dem Gemeindevorstand und Staatsbedienstetenverband organisieren Betriebsräte in der Germania-Haus, Chausseestr. 110 (Grafen Bau).
- Bezirksrat für Politik und Gesundheit: Les Tischler Berlin-Tiergarten: für Kommunalpolitik, Polizei und Gewerkschaften: S. Kubier, Berlin: für den Internat und gerichtlichen Mittelungen: P. u. M. K. Metzger, Charlottenburg - Verlagsgesellschaft: Archiv, S. G. u. S. Berlin - Druck der Berliner Arbeiter- & M. u. S. Berlin C. 2. Freie Trache 89

Bei Hautausschlag, Flechten, Bein- und Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden ist

San- - Rat Haussaibe seit 100 Jahren
ein bewährtes und schnellwirkendes Mittel. Original-Dose 4.90,- und 17.40.-
Elefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 am Bönhofplatz
Herm. Centr. 7105

Zahlreiche Anerkennungen
aus Raucherkreisen
bestätigen immer wieder, daß die guten Massary-
Zigaretten ihren Namen durchaus mit Recht führen.
Massary-Caid 60.S Roal 70.S